

**Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile**

**3/79**

Vorentwurf zu einer Teilrevision der Krankenversicherung	Seite 1-6
Lydia Trüb: Gewerkschaften und Teilzeitarbeit	7-10
Irene Steeb: "Ich will etwas tun !"	11-12
"Es ist schwierig abzuschätzen, was wir wirklich in Gang gebracht haben"	13-14
Korrigendum	14
Katharina Ley: Frauen in der Emigration	15-18
Chronik der laufenden Ereignisse Februar bis Mitte Mai 1979	19-21
Résumés	22-30
Sommari	31-39

Frauenfragen  
 Questions au féminin  
 Problemi al femminile



2. Jahrgang, Nr. 3  
 Juni 1979

herausgegeben von der Eidgenössischen  
 Kommission für Frauenfragen. Eidg. Amt  
 für kulturelle Angelegenheiten,  
 Thunstr. 20, 3000 Bern 6, Tel. 031/61.92.75

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe  
 erwünscht

## Vorentwurf zu einer Teilrevision der Krankenversicherung

### Einleitung

Das älteste Sozialversicherungswerk der Schweiz, das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, datiert von 1911. Es wurde im Teil über die Krankenversicherung (KV) 1964 revidiert. Bestrebungen, für die KV eine neue Verfassungsbasis zu legen, scheiterten 1974 in einer Volksabstimmung, als Volk und Stände sowohl eine Initiative wie auch den Gegenvorschlag der Bundesversammlung ablehnten. Schon im Mai 1976 setzte das Eidg. Departement des Innern eine Expertenkommission ein, welche eine Teilrevision der KV vorbereiten sollte. Die Kommission schloss ihre Arbeit am 5. Juli 1977 ab. Ueber ihre Vorschläge wurde ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet, das teils Zustimmung (Arbeitnehmerobligatorium für die Krankengeldversicherung) teils Ablehnung (Finanzierung der KV u.a. durch Lohnprozente) ergab. Im November 1978 legte das Departement des Innern ein Revisionsprojekt vor, das den Ergebnissen der Konsultation Rechnung trägt. Zum Projekt nahm die Eidg. Kommission für Frauenfragen wie folgt Stellung:

### Allgemeines

Die Kommission begrüsst, dass nach einigen misslungenen Versuchen wieder Anlauf genommen wird; wenigstens eine Teilrevision der Krankenversicherung (KV) vorzunehmen. Dies ist umso beachtlicher als es in einer Zeit geschieht, die Verbesserungen im Bereich der Sozialversicherung keineswegs günstig gesinnt ist.

Wenn wir auch verstehen, dass die gegenwärtige politische Lage ein Obligatorium in der Krankenpflegeversicherung kaum zulässt, kommen wir doch nicht umhin, dies zu bedauern. Ein Obligatorium würde dem Prinzip der Solidarität der Angehörigen aller Schichten, jeden Alters und beiden Geschlechts auch in der KV zum Durchbruch verhelfen. Für die Frauen im besonderen ermöglichte es, sofern die Mutterschaftsversicherung überhaupt in die KV eingebettet werden soll, bessere Leistungen bei Mutterschaft vorzusehen ohne Gefahr zu laufen, dass Männer der zusätzlichen finanziellen Belastung durch Abschluss einer Privatversicherung ausweichen.

Festzuhalten ist, dass im Vorentwurf (VE) den alten Postulaten der Frauen wenigstens teilweise Rechnung getragen wird. So sollen die Leistungen bei Mutterschaft verbessert, die Mitgliederbeiträge der Kinder durch den Bund teils ermässigt, teils ganz übernommen, Vorsorgeuntersuchungen als Kassenleistungen grundsätzlich vorgesehen werden. Gerade für

Frauen bringt der VE also begrüßenswerte Änderungen, aber auch mehr Belastungen. Warum wir ihm dennoch nicht ohne weiteres zustimmen können, wird die Stellungnahme zu den einzelnen frauenrelevanten Neuerungen zeigen.

#### Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen des VE

##### Art. 1 Abs. 2

Die Kommission ist nach wie vor für eine selbständige Mutterschaftsversicherung; wir verweisen dafür auf die Eingabe vom 20. April 1978 an das Bundesamt für Sozialversicherung (Zusammenfassung im Anhang). Es ist darum zu bedauern, dass die Mutterschaft ausdrücklich zu einem Teil der KV erklärt werden soll. Schwangerschaft, Niederkunft und Kinderpflege sind weder eine Krankheit noch sonst ein Risiko im versicherungsrechtlichen Sinn: die erforderlichen Leistungen sollten nicht im Rahmen einer Versicherung erbracht werden. Die "vielfachen Vorteile", welche die Lösung im Rahmen der KV bringen soll, werden im Bericht \*) nicht erwähnt. Dass Vorarbeiten zur Verselbständigung der Mutterschaftsversicherung umfangreich und zeitaufwendig sind, erscheint klar, kann aber kein Argument gegen ein eigenständiges Sozialleistungssystem sein. Gerade die neue Verankerung der Mutterschaftsversicherung als Teil der KV im Sinne eines Prinzips droht die bestehende Ordnung zu zementieren und schon nur eine vertiefte Diskussion über andere Lösungen zu blockieren. Aus diesen Gründen schlagen wir vor, Art. 1 Abs. 2 VE folgendermassen neu zu fassen:

"<sup>2</sup>Bis zur Schaffung eines eigenständigen Sozialwerkes bildet die Mutterschaftsversicherung einen Teil der Krankenversicherung."

##### Art. 5 Abs. 2

Es ist zu begrüßen - und von der Kommission bereits im Ende letzten Jahres veröffentlicht Bericht über den Strafvollzug an Frauen gefordert worden -, dass die Verbüssung einer Freiheitsstrafe nicht länger ein Grund sein darf, einer Frau den Kassenbeitritt zu versperren.

##### Art. 5 Abs. 3

Im Interesse eines möglichst hohen Versicherungsgrades und einer Entlastung der Eltern, besonders aber lediger Mütter, sehr zu bejahen ist das Verbot, Kinder vor Vollendung des ersten Jahres und dann höchstens während zweier Jahre durch einen Vorbehalt von der Versicherung auszuschliessen.

##### Art. 6bis Abs. 2 und 3, Art. 36bis

Unverständlich ist der Kommission, dass eine Abstufung der Mitgliederbeiträge nach Geschlecht weiterhin grundsätzlich möglich sein soll. Zwar steht fest, dass Frauen ein "schlechteres Risiko" sind als Männer \*\*). Bei keiner anderen Risikokategorie (Raucher, Trinker, usw.) ausser beim Geschlecht wird aber indirekt und unangemessen der Beitrag nach einer Art Verursacherprinzip bemessen. Es erscheint plausibel, dass Frauen für die Kassen darum "teurer" sind, weil diese bei den Männern durch andere Versicherungen teilweise entlastet werden (SUVA, Unfall-,

\*\* ) Die Morbiditätsstatistik der Krankenkassen weist für 1976 auf 100 Versicherte 110,8 Erkrankungsfälle bei Männern, dagegen 178,2 - oder 60% mehr - bei Frauen aus. Mit durchschnittlich Fr. 729.06 waren die Krankenpflegekosten einer versicherten Frau (ohne Wochenbett) im Jahre 1976 um 52% höher als die eines Mannes mit Fr. 478.56. Erkrankungsfälle lagen die Durchschnittskosten der Frauen aber leicht tiefer als diejenigen der Männer (Fr. 409.2 gegenüber 431.87). Die Anteile der verschiedenen Kostenarten differieren bei Frau und Mann nur unwesentlich. Bei Frauen war jedoch die Zahl der Einweisungen in eine Heilanstalt um rund 53,8% grösser als bei Männern (13,8 gegenüber 9,0 Einweisungen auf 100 Versicherte), der durchschnittliche Spitalaufenthalt dauert aber für Frauen und Männer praktisch gleich lange (vgl. "Die Krankenversicherung im Jahre 1976", Schweizerische Aerztezeitung 4/1979, S. 145-156).

\*) Der Bericht kann schriftlich bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ, 3000 Bern, bezogen werden.

ilitärversicherung). Zudem können Männer eher auf einen Spitalaufenthalt verzichten oder früher aus einer Heilanstalt entlassen werden, weil sie zu Hause von ihren Ehefrauen (weiter) gepflegt werden; diese Frauen sparen dadurch einen Teil der Krankenversicherungskosten ein, womit sie zugleich die Statistik zugunsten der Männer beeinflussen.

twohl unseres Wissens von den europäischen Ländern nur die Schweiz unterschiedliche Beiträge von Frau und Mann kennt, fehlt doch bis heute abgesehen von den Leistungsstatistiken der Krankenkassen - die in grösster Vereinfachung aussagen, dass Frauen häufiger aber "billiger" krank sind als Männer - jede Kenntnis der Gründe, die zu solch unterschiedlicher Beanspruchung des Gesundheitswesens führen. Wir regen eine solche Untersuchung an. Sie müsste zumindest die gängigen Erklärungsansätze ("Hausfrauensyndrom", "Licht in die Krankheit anstatt Kriminalität", Unter- oder dann Doppel- und Dreifachbelastung mancher Frauen \*) überprüfen. Es geht also darum herauszufinden, ob letztlich die herrschenden Rollenbilder und damit gesellschaftliche Muster am Ursprung der überdurchschnittlichen "consommation médicale" der weiblichen Bevölkerung liegen.

Vgl. dazu etwa: H.E. Richter, "Konflikte und Krankheiten der Frau". In: Familiensoziologie, Frankfurt a.M. 1973 (S. 293-308); ders., "Lernziel Solidarität", Reinbek 1974 (S. 28-33); M. Dürkop/G. Hardtmann, "Frauenkriminalität". In: Frauen im Gefängnis, Frankfurt a.M. 1978 (S. 187-214, besonders 208 f.); E. Fischer-Homberger, "Krankheit Frau", Bern 1978 (S. 32); S. Arnold, "Die Stellung der Frau in der sozialen Krankenversicherung". In: Die Stellung der Frau in der schweizerischen Sozialversicherung, hg. vom Schweiz. Verband der Akademikerinnen, Bern 1975 (S. 62 f.).

Bevor eine von anerkannten Fachleuten durchgeführte Studie vorliegt, können wir eine Differenz in den Prämien von Mann und Frau nicht gutheissen. Der gleichen Ansicht war offenbar die Expertenkommission für die Teilrevision der KV, nach deren Bericht vom 5. Juli 1977 \*\*): "der Augenblick gekommen (ist), den Grundsatz von gleichen Beiträgen für Männer und Frauen im Gesetz zu verankern" (S. 90 und 153). Eine rein finanzielle Betrachtungsweise lässt wesentliche Fragen ausser acht. Sie ist übrigens in sich nicht konsequent, da sie - wenn schon - eine wesentlich grössere Prämien-differenz zulassen müsste. Scheint dies aus politischen Erwägungen unmöglich, so ist schwer einzusehen, warum die auf maximal einen Zehntel reduzierte Ungleichheit nicht gänzlich eliminiert werden kann. Auf jeden Fall ist spätestens nach einer Verbesserung des Bundesfinanzhaushalts die Limitierung der Subvention nach Art. 36bis (Uebergangsbestimmung f) zwingend zu lockern und dann aufzuheben.

#### Art. 12 Abs. 2 Zif. 4

Erfreulich, dass bestimmte Vorsorgeuntersuchungen und Präventivmassnahmen von den Kassen übernommen werden sollen. Richtig auch, ausser auf die wissenschaftliche Anerkennung und die Zweckmässigkeit solcher Massnahmen ebenfalls auf deren Wirtschaftlichkeit zu achten. Schade nur, dass jeder Hinweis darauf fehlt, welche Untersuchungen heutiger Erkenntnis zufolge allen Kriterien entsprechen. Mit dem Bericht der Expertenkommission darf wohl angenommen werden, in erster Linie seien "gewisse Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder (Kontrolle der körperlichen und geistigen Entwicklung) sowie für Frauen (Gebärmutterkrebs) durchzuführen" (S. 74) und zu übernehmen. In diesem Sinne stimmt die Kommission dem Artikel zu, wenn auch starke Bedenken gegen die Möglichkeit einer Delegation der Verordnungskompetenz in diesem Punkt vom Bundesrat an das Departement des Innern oder gar an das Bundesamt für Sozialversicherung nicht zu verschweigen sind (Absätze 5 und 7). Je weiter nach unten die Befugnis delegiert

\*\*\*) Der Bericht kann schriftlich bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ, 3000 Bern, bezogen werden.

wird, desto eher dürfte sie ausschliesslich unter Beizug von Experten und Ausschluss der vom Erlass Betroffenen wahrgenommen werden.

#### Art. 12 Abs. 5, letzter Satz

Da mehr Frauen psychisch erkranken als Männer, träfe die mögliche Einschränkung der Leistungspflicht bei psychiatrischen Behandlungen vorwiegend Frauen. Wenn damit nur Missbräuche verhindert werden sollen, gehen wir mit der Bestimmung einig. Um Missverständnisse und zu weitgehende Interpretationen auszuschliessen, schlagen wir - im Sinne der Ausführung im Bericht - folgende Neufassung vor: "Um Missbräuche zu verhindern, kann der Bundesrat ferner nach Anhören der Fachkommission bei psychiatrischen Behandlungen die Leistungspflicht auf das therapeutisch Notwendige einschränken."

#### Art. 14, Art. 14bis und Art. 36

Zuerst ist festzustellen, dass der VE in der Mutterschaftsversicherung wesentliche Verbesserungen enthält, die Anerkennung verdienen:

- die Ausdehnung der Leistungen auf 16 Wochen, von denen wenigstens 8 nach der Geburt liegen sollen,
- das Krankengeld von 80% des versicherten Verdienstes für erwerbstätige Frauen,
- das Taggeld für Frauen, welche nicht obligatorisch für Krankengeld versichert sind,
- die als Variante, besser: Zusatz, vorgeschlagenen Leistungen an nicht für Krankenpflege versicherte Frauen,
- das Verbot, auf Leistungen bei Mutterschaft einen Selbstbehalt zu erheben.

Trotz dieser unbestreitbaren Verbesserungen bleiben die Leistungen bei Mutterschaft unbefriedigend, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass eine alle Aspekte des Problems berücksichtigende Lösung eben im Rahmen der KV ausgeschlossen ist. Auch ohne eigenständiges Leistungssystem liesse sich indes ein besserer Schutz der Mutterschaft erreichen, indem zusätzlich zum KVG das Arbeits-

vertragsrecht im OR mitrevidiert würde. So könnte zumindest die Forderung nach einem Kündigungsschutz während des Mutterschaftsurlaubs und der ganzen Dauer der vorangehenden Schwangerschaft erfüllt werden. Zur Frage eines Elternurlaubes, wie er von verschiedener Seite in unterschiedlicher Ausgestaltung gewünscht wird, kann die Kommission weder eindeutig Ja noch klar Nein sagen; wir verweisen dafür auf unsere Eingabe vom 20. April 1978 an das Bundesamt für Sozialversicherung (Anhang). Dagegen muss, um aus den VE zurückzukommen, das in Art. 14 Abs. 5 vorgesehene Taggeld für Frauen, welche nicht obligatorisch für Krankengeld versichert sind, als Augenwischerei abgelehnt werden, wenn es nicht wesentlich mehr als 5 Franken betragen soll (Bericht S. 36). Ein solches Taggeld ist aber nötig. Die Kommission fordert es in einem Umfang, der den Aufwendungen für eine Ersatzkraft entspricht. Ebenso wünscht die Kommission, dass der als Variante bezeichnete Abs. 7 verwirklicht werde.

#### Art. 25 Abs. 4, Art. 39bis

Da die Frauen, die Hälfte der Bevölkerung bei einer Versicherungsdichte von 94% (Expertenbericht vom 5. Juli 1977, S. 2) auch etwa die Hälfte der bei anerkannten Krankenkassen Versicherten ausmachen, müssen sie in der vorgesehenen Eidg. Kommission für die KV angemessen vertreten sein (Art. 39bis) - umso mehr als ihren besonderen Bedürfnissen bei Mutterschaft ja künftig ausdrücklich im Rahmen der KV Rechnung getragen werden soll. Wir fragen uns, ob es nicht geboten wäre, die Vertretung der Frauen ausdrücklich im Gesetz zu verankern. - Dasselbe Postulat gilt, wenngleich weniger dringend, ebenfalls für die kantonale Schiedsgerichte (Art. 25 Abs. 4), in welche aus den vertretenen Gruppen und Berufsständen nach Möglichkeit auch Frauen entsandt werden sollten; darauf müssten diese Kreise zu gegebener Zeit in einem Rundschreiben gebührend aufmerksam gemacht werden.

#### Art. 26 Abs. 1

Positiv vermerkt zu werden verdient, dass die Hausfrauenarbeit in Zukunft ihrem Wert entsprechend eingeschätzt werden soll, sodass die Entschädigung von Aufwendung für eine Ersatzkraft der Hausfrau normal - und nicht als Versicherungsgewinn - erscheint.

Art. 40a Abs. 1 und 2

s stellt sich die Frage, ob nicht auch obligatorisch für Krankengeld versichert sein sollte, wer den Haushalt versorgt und Kinder aufzieht oder wer in Familienglied pflegt. Diese Arbeit bedeutet eine geldwerte Leistung, die zu erbringen je nachdem eine Ausfallkraft bezahlt werden muss (wie dies Art. 26 Abs. 1 indirekt anerkennt). Allenfalls könnte ein Versicherungspflichtobligatorium auf die Fälle beschränkt werden, wo Kinder aufgezogen oder kranke und betagte Familienmitglieder gepflegt werden. Eine ähnlich begründete Bestrebung ausserhalb der Landwirtschaft wurde zwar bereits in der Expertenkommission (vgl. deren Bericht S. 117) abgelehnt mit einem wenig überzeugenden Hinweis auf mögliche Missbräuche. Vor allem mit Blick auf die gesellschaftliche Leistung und Bedeutung der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern sollte diese Frage aber nochmals eingehend geprüft werden.

Nach Absatz 2 von Art. 40a soll der Bundesrat u.ä. unregelmässig Beschäftigte von der Versicherungspflicht ausnehmen können. Unter diese Kategorie fallen zahlreiche Frauen mit Kindern, für die das Krankengeld ausserordentlich wichtig ist. Wir lehnen darum die Exklusionskompetenz der Regierung für unregelmässig Beschäftigte ab.

Art. 40i

Wer einem Erwerb nachgeht, ist obligatorisch versichert und erhält ein "Krankengeld". Wer nicht erwerbstätig ist, muss sich nicht obligatorisch für Krankengeld versichern lassen; bei Mutterschaft erhält eine Frau in diesem Fall ein vom Bundesrat festzulegendes "Taggeld" (Art. 14 Abs. 5), das wesentlich geringer ist als das "Krankengeld". Um keine Verwirrung zu stiften, sollte in Art. 40i anstatt des missverständlichen Begriffs "Taggeld" der wahrscheinlich gemeinte Terminus "Krankengeld" verwendet werden.

Art. 40k

Während in der Krankenpflegeversicherung weiterhin für Mann und Frau ungleiche Beiträge rechtens sein sollen, kommt die Krankengeld-Versicherung mit gleichen

Prämien aus. Wir sind damit einverstanden, halten aber fest, dass die leicht grössere Morbidität der Männer im Landesmittel der letzten Jahre (Expertenbericht, S. 59) keine Ungleichbehandlung zu ihren Ungunsten bewirkt. In diesem Zusammenhang fragt sich, ob die Frauen wesentlich mehr "Bagatell"-Fälle haben als die Männer, aber etwas weniger schwere Krankheiten. Nähere Angaben wären erwünscht und würden bisher fehlende Aufschlüsse über Gesundheit und Lebenserwartung der Frauen bringen.

Zusammenfassung

Im ganzen kann die Kommission den Vorentwurf zu einer Teilrevision der KV akzeptieren in der Aussicht, dass bald eine für Frauen bessere Totalrevision vorbereitet wird.

Was die reine Krankenpflegeversicherung betrifft, stimmen wir den im VE vorgesehenen Leistungen zu. Die Beibehaltung ungleicher Beiträge für Mann und Frau lehnen wir dagegen ab. Diese Diskrimination der Frauen muss mittels höherer Subventionen an die Kassen sobald wie möglich beseitigt werden.

In der Mutterschaftsversicherung heissen wir vorläufig bis zur Schaffung eines eigenständigen Sozialwerkes die im Rahmen der Krankenversicherung vorgeschlagenen Leistungsverbesserungen (einschliesslich Art. 12bis Abs. 7) gut, fordern aber darüber hinaus einen stärkeren Kündigungsschutz durch entsprechende Revision des Obligationenrechts.

Es sollte geprüft werden, ob in die obligatorische Krankengeldversicherung nicht wenigstens auch die Personen einbezogen werden können, welche Kinder betreuen und Familienmitglieder pflegen. Nur unregelmässig Beschäftigte sollen sich auf jeden Fall obligatorisch für Krankengeld versichern müssen.

## Anhang

Aus einer Eingabe der Eidg. Kommission für Frauenfragen an das Bundesamt für Sozialversicherung (vom 20. April 1978)

An ihrer Sitzung vom 16. März liess die Kommission sich von Vertreterinnen des Bundesamts für Sozialversicherung und der Organisation für die Sache der Frau orientieren über die gegenwärtigen Leistungen bei Mutterschaft und die - in der Zwischenzeit lancierte - Initiative "für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft". Die Ergebnisse ihrer Diskussion teilte die Kommission dem Bundesamt für Sozialversicherung mit:

- Die Leistungen bei Mutterschaft müssen wesentlich verbessert werden.
- Weil Mutterschaft auch eine gesellschaftlich bedeutungsvolle Leistung ist, hält es die Kommission für selbstverständlich, dass alle Erwachsenen (Männer und Frauen, Alleinstehende und Verheiratete, Erwerbstätige und Inaktive) die Kosten mittragen.
- Die bei Mutterschaft erforderlichen Leistungen sollten nicht im Rahmen einer Versicherung erbracht werden, da Schwangerschaft, Niederkunft und Kinderpflege kein Risiko im versicherungsrechtlichen Sinn sind. Für die Finanzierung der Beihilfen müsste darum auf individuelle Prämien ebenso verzichtet werden wie auf Lohnprozente. In Frage käme, als sozialste Art der Lastentragung, eine Steuer nach dem Modell der direkten Bundessteuer, eventuell ein Zuschlag zu dieser.
- Was die Dauer der Taggeldleistungen betrifft, unterstützt die Kommission mit der Motion Meier, dem Postulat Carobbio, der parlamentarischen Einzelinitiative Nanchen und dem soeben lancierten Volksbegehren "für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft" die Forderung nach 16 Wochen, von denen mindestens zehn nach der Geburt liegen sollen.

- Zur Frage eines Elternurlaubs kann die Kommission weder eindeutig Ja noch klar Nein sagen. Immerhin steht fest, dass ein unbezahlter Urlaub nicht vertretbar wäre, da er nur denen zugute käme, die auf Erwerbseinkommen nicht angewiesen sind; Bezahlung des Urlaubs dürfte freilich nicht heissen: Vergütung des Lohnausfalls, sondern bedeutende Entschädigung für die soziale Leistung der Kinderpflege und -erziehung. Einen Urlaubsanspruch schliesslich sollten der Vater wie die Mutter haben. - Offen bleibt jedoch die prinzipielle Frage: ob ein Urlaub vom Arbeitsplatz (mit der Garantie, nachher zu denselben Konditionen zurückkehren zu können) nicht die Berufsmöglichkeiten der jüngeren Frauen einschränkte, weil der Arbeitgeber dieses Risiko vermeiden würden? Damit ein Elternurlaub sich nicht kontraproduktiv auswirkte, wären zumindest einige flankierende Massnahmen (etwa Belohnung hoher Frauenquoten in Betrieben, Stärkung des Interesses der Männer am Elternurlaub) nötig.

gewerkschaften und Teilzeitarbeit.  
rsuch, über den Stand einer erst be-  
nennenen Diskussion zu berichten.

Lydia Trüb

mittels der Teilzeitarbeit \*) eine  
verteilung der Rollen zwischen Mann  
d Frau und dadurch die Emanzipation  
ider gefördert werden kann, wird seit  
niger Zeit im Ansatz auch in den Gewerkschaften diskutiert. Dass diese Dis-  
ssion vor allem von den zunächst Be-  
offenen, den Frauen, in der Gewerk-  
chaftsbewegung aufgenommen wird, ist  
verständlich. Das verweist aber auch  
f die Grenzen \*\*) dieser Diskussion:  
zu, ob Teilzeitarbeit (TZA) im Hin-  
blick auf eine neue Rollenverteilung ge-

Grob umrissen kennen wir heute drei  
Formen der Teilzeitarbeit:

1. die gesetzlich umschriebene, die den allgemeinen arbeitsrechtlichen Bedingungen unterstellt ist,
2. die Aushilfsarbeit (Arbeit auf Ab- ruf), ohne arbeitsrechtlichen Schutz und
3. die Temporärarbeit: der Arbeit- nehmer befindet sich in keinem direkten Arbeitsverhältnis, er ist vertraglich der Vermittlerfirma unterstellt und bezieht von ihr auch den Lohn.

Dieser Beitrag befasst sich nur mit der ersten Form der Teilzeitarbeit.  
In den obersten gewerkschaftlichen Gremien finden sich nur drei Frauen: Helga Kohler, Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Präsidentin der SGB-Frauenkommission; Rita Gassmann, Zentralsekretärin des Verbandes der Arbeitnehmer in Handels- Transport- und Lebensmittelbetrieben (VHTL); und Anne Spoerri-Hunziker, Syndikat Schweizerischer Medienschaffender (SSM). Das sind 2 Zentralsekretärinnen auf 71 Zentral- sekretäre insgesamt.

fördert werden soll oder nicht, gibt es keine verbindliche gewerkschaftliche Haltung. Diese Frage ist bisher vor allem in gewerkschaftlichen Frauengruppen und an Frauenschulungskursen erörtert worden. TZA hat die Gewerkschaften bis jetzt eigentlich nur in rechtlicher Hinsicht und lediglich am Rande beschäftigt. Ausser im VHTL bestehen dazu auch keine verbindlichen Gewerkschaftsbeschlüsse. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) wird sich aufgrund eines Antrags der SGB-Frauenkommission an den Kongress im letzten Herbst mit der TZA und ihren Auswirkungen gründlich befassen. Entsprechende Anträge liegen auch für den VPOD-Verbandstag \*\*\*) im Juni und für den GBH-Kongress im Herbst 1979 vor.

1. Zum Vorgehen

Mangels verbindlicher Beschlüsse und klarer Absichten stützt sich dieser Beitrag zur gewerkschaftlichen Haltung gegenüber der TZA mehr auf die persönlichen Erfahrungen einzelner Gewerkschafter an verantwortlicher Stelle. Deren grossenteils übereinstimmende Aussagen scheinen aber das Problem der Teilzeitarbeit aus gewerkschaftlicher Sicht doch weitgehend zu umreissen. Längere Gespräche wurde mit Vertreterinnen und Vertretern der

\*\*\*) GBH= Gewerkschaft Bau und Holz.  
GTCP= Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier. SMUV= Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verband. SSM= Syndikat Schweiz. Medienschaffender. STB= Schweiz. Typographenbund. VHTL= Verband der Arbeitnehmer in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben der Schweiz. VPOD= Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste. VSPB= Verband schweiz. Postbeamter. VSITB= Verband schweiz. Telephon- und Telegraphen- beamter.

GTCP, des SMUV, des STB, des SSM und des VHIL durchgeführt \*). Mit Vertretern der PTT-Union, des VSPB und des VSTTB fanden Kurzinterviews statt.

Die Gespräche und Interviews gliederten sich in drei Teile. Im ersten Teil wurde nach Möglichkeit zur TZA gefragt: für welche Arbeit (und warum gerade dafür) werden Teilzeitpensen angeboten? Im zweiten Teil wurde die gewerkschaftliche Haltung zur TZA abgeklärt: welche Probleme schafft die TZA und welche Forderungen werden an deren arbeitsrechtliche Regelung gestellt? Im dritten Teil ging es um die Auffassung der Gewerkschaften in Bezug auf eine Neuverteilung der Rollen von Mann und Frau.

## 2. Die Situation: TZA liegt eher im Interesse der Unternehmungen als der Betroffenen

Nimmt TZA tendenziell zu und sind seit der Rezession Entwicklungsänderungen festzustellen? Die Gesprächspartner stimmten darin überein, dass Zunahme oder Abnahme der TZA stark von den Bedingungen des Arbeitsmarkts abhängen. In allen Fällen sind die Gewerkschaften mit dem Problem der TZA schärfer konfrontiert als während der Hochkonjunktur. In der Industrie wird TZA immer mehr zur Einführung von Abendschichten benutzt, wodurch Normalarbeitszeiten aufgeweicht werden (Beispiel: Nahrungsmittelindustrie). Ferner übernimmt TZA bestimmte Lückenbüsserfunktionen; in der Textilindustrie etwa durch die Verkürzung der Vorgabezeiten für bestimmte Aufträge. Mit TZA werden ganz allgemein Tages- bzw. Produktionsspitzen überwunden. Für solche Spitzenzeiten werden auch sogenannte Aushilfs- oder Abruffrauen eingesetzt, so im Verkauf oder bei der PTT am Monatsende. TZA wird auch dort vergeben, wo zwar regelmässige Arbeit verrichtet werden muss, die aber zur Schaffung voller Stellen nicht ausreicht; ferner da, wo der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist und keine Arbeitskräfte mehr für volle Stellen ge-

funden werden; endlich überall, wo die Ausbildungskosten für neue Arbeitskräfte zu hoch sind. Das ist vor allem in sogenannten Monopol- oder Mangelberufen Fall, d.h. in spezialisierten Berufen, die eine längere Anlernzeit voraussetzen, wie bei Telefonistinnen, Telegraphistinnen, Angestellten in Checkämtern oder im Verkauf. In diesen Bereichen wird bei Bedarf auf die Reserve verheirateter Frauen zurückgegriffen, die einen Beruf gelernt haben, aber nicht mehr ganztags arbeiten wollen. Offensichtlich werden ausschliesslich in solchen "Mangelberufen", zu denen auch derjenige von Swissair-Hostessen zu zählen ist, qualifiziertere TZ-Angestellte eingesetzt. Sonst gilt für TZA allgemein, dass sie keine längeren Anlehen voraussetzt; in den meisten Fällen ist sie monotone und ermüdende Arbeit niedrigster Qualifikation und auf den untersten Stufen der Hierarchie.

Beim Bund hatte der Personalstopp unterschiedliche Wirkungen: Die PTT-Direktion hat vor ungefähr einem Jahr beschlossen, die TZA allgemein abzubauen und in volle Stellen umzuwandeln. Teilzeitarbeitende wurden so als Jongliermasse gebraucht. Umgekehrt hat der Personalstopp bei der Schweiz. Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) dazu geführt, dass eher mehr freie Mitarbeiter eingestellt werden. Die Haltung der SRG gegenüber der TZA scheint zwiespältig: im allgemeinen eher ablehnend, werden neue Ideen und Kreativität der freien Mitarbeiter geschätzt, die nicht unter derselben Anspannung wie Vollzeit-Angestellte leiden.

In einem weiteren Bereich scheint die Einführung der TZA den Unternehmungen nützlich zu sein: bei Umstrukturierungen und Rationalisierungen, und hier vor allem bei der Einführung der neuen Technik für Bildschirmarbeiten. Nach übereinstimmenden Aussagen wird hier Teilzeit gearbeitet, weil Bildschirmarbeit hohe Konzentration und nervliche Belastung abverlange und während 40 und mehr Stunden in der Woche gar nicht ausgehalten werden könne.

Hier liegt für Anne Spoerri (SSM) auch eines der stärksten Argumente gegen die TZA: "Bei Arbeiten, die unmöglich während des ganzen Tages verrichtet werden können müssten die Arbeitszeiten gesenkt werden. Stattdessen werden Teilzeitarbeitende eingestellt, die das menschlich überhaupt

\*) Die längeren Gespräche wurden mit folgenden Gewerkschaftsvertretern durchgeführt: Frédy Aeberli (STB), Christiane Brunner (SMUV), Rita Gassmann (VHIL), Anne Spoerri-Hunziker (SSM) und Peter Vonlanthen (GTCP).

leistbare in 30 Stunden verrichten, aber nicht den ganzen Lohn, sondern nur gut 2/3 davon erhalten. Erschöpft sind diese Angestellten aber wie nach einem vollen Arbeitstag."

TZA scheint auch zur Vorbereitung von Entlassungen verwendet zu werden, indem volle Arbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden. Teilzeit-arbeitende sind in den Betrieben weniger integriert, sie sind sich ihrer Rechte weniger bewusst, gewerkschaftlich schlechter organisiert und darum auch leichter manipulierbar.

Ein Beispiel dafür, wo TZA von den Betroffenen gewünscht und von der zuständigen Gewerkschaft (SMUV) durchgesetzt worden ist, bildet die Uhrenindustrie. Hier wurden während der Hochkonjunktur vor allem für Frauen mit Kindern den persönlichen Bedürfnissen angepasste Arbeitsplätze eingeführt. Die Arbeiterinnen konnten zum Beispiel entsprechend den Stundenplänen der Schulen am Mittwochnachmittag freinehmen oder längere Mittagszeiten beanspruchen, um zu Hause zu kochen, oder einfach halbtags arbeiten. Viele Frauen behielten dieses Recht bei, auch wenn die Kinder schon gross waren. Seit Einbruch der Rezession besteht neu die Tendenz, die individuellen und flexiblen Arbeitsplätze ganz abzuschaffen bzw. nur noch feste TZA für Frauen mit kleinen Kindern zuzulassen. In einigen Betrieben werden heute Frauen mit Kleinkindern, die spezielle Teilzeit-Stundenpläne erhalten möchten, gar nicht mehr eingestellt. In der Uhrenindustrie sind Teilzeitarbeitende ausschliesslich Frauen, die unqualifizierte Tätigkeiten verrichten. Dies hat auch damit zu tun, dass infolge von Rationalisierungen hochspezialisierte, auf Teilfertigkeiten beruhende Frauenberufe verschwunden sind und die Tendenz zur unqualifizierten Arbeit für Frauen stärker zunimmt als für Männer.

Ähnlich wie in der Uhrenindustrie sind früher auch in frauenspezifischen Teilen der Metallindustrie und in der Basler Chemieindustrie solche Teilzeit-Stundenpläne vergeben worden. Doch zeigt sich heute auch in diesen Bereichen die Tendenz, solche Vergünstigungen abzuschaffen.

Diese Beispiele zeigen, dass den persönlichen Bedürfnissen der Betroffenen nur solange Rechnung getragen wird, als dies von den Arbeitsmarktbedingungen her willkommen ist. In Zeiten, wo genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, steigen die Anforderungen an die einzelnen Arbeitnehmer. Persönliche Wünsche bleiben dann unberücksichtigt.

### 3. Die Betroffenen: Wer sucht TZA?

Weitaus am häufigsten wird TZA von verheirateten Frauen mit Kindern gesucht, weil der Lohn des Mannes nicht ausreicht, aber trotzdem kein voller zweiter Lohn nötig ist. Dank TZA lässt sich die doppelte und dreifache Belastung der Frauen mit Berufs- und Familienpflichten mildern. "Obwohl mit TZA sicher auch nach Selbstbestätigung und Kontakt mit anderen Leuten gesucht wird, bleibt sie in dieser Form doch der alten Rollentrennung verhaftet, ja verfestigt sie noch", meint Rita Gassmann (VHTL). "Denn es geht dabei nicht um die Frage, wie sich Mann und Frau in Beruf und Familie teilen können, sondern darum, mit welcher Arbeitsform die Frau Beruf und Familie am besten verbinden kann."

Eine andere Gruppe, die Teilzeit-Beschäftigung sucht, bilden Studentinnen und Studenten, die ihr Studium zumindest teilweise selbst finanzieren müssen.

Eine dritte Gruppe dagegen, fast ausschliesslich junge Frauen und Männer, sucht TZA aus emanzipatorischen Gründen: weil sie bewusster leben wollen, weil sie anderen persönlichen Interessen ausserhalb der Arbeit nachgehen möchten, weil sie als Eltern beide sich um die Kinder kümmern wollen, weil sie Freiheit nur zu einem kleinen Teil in den Zwängen einer Gesellschaft verwirklicht sehen, die auf Leistung und Konkurrenz beruht.

### 4. Die Haltung der Gewerkschaften zur TZA

Die Haltung der Gewerkschaften zur TZA ist teilweise bestimmt von der Erfahrung, dass TZA die Mitarbeiter eines Betriebes in eine Stamm- und eine Randbelegschaft teilen kann. Zwischen Teilzeit-Arbeitenden und voll Arbeitenden entstehen zuweilen Konkurrenzsituationen und Spannungen. Teilzeit-Arbeitende können oft nicht alles innerhalb ihrer Arbeitszeit zu Ende führen,

Arbeitsfehler fallen auf die ganztags Beschäftigten zurück. Von den Teilzeit-Arbeitenden haben Vollbeschäftigte etwa den Eindruck, sie könnten machen was sie wollen - was zu Neid und Missgunst führt. Teilzeit-Beschäftigte sind im allgemeinen gewerkschaftlich schwerer zu organisieren. Dort, wo der Anteil an TZA gross ist und eher noch zunimmt, wie im Verkauf, wird es deshalb immer schwieriger, Rechte für alle Werktätigen durchzusetzen.

Ziel aller Gewerkschaften ist die Sicherung aller Teilzeit-Arbeitenden durch vollständige Einbeziehung in die Gesamtarbeitsverträge (GAV). Schwierigkeiten mit der TZA entstehen dort, wo die Arbeitgeberseite versucht, die GAV-Unterstellung zu verhindern, wie zum Beispiel bei der Bildschirmarbeit, oder wenn sie mit Teilzeit-Arbeitenden ausserhalb des GAVs spezielle Regelungen trifft, wie es etwa die SRG mit einem Teil der freien Mitarbeiter tut. Lohnmässig entstehen mit TZA keine Probleme, jedoch sind Teilzeit-Beschäftigte im Bereich der Sozialversicherung eher schlechter gestellt; so haben sie häufig schlechtere Regelungen für den Krankheitsfall oder bei den Pensionskassen.

In den offiziellen Gewerkschaftsgremien ist die Forderung nach Vermehrung der Teilzeitstellen aus emanzipatorischen Gründen noch kaum diskutiert worden. Dass Familienpflichten von den Gewerkschaften zunehmend weniger einseitig als Sache der Frauen und immer mehr als gesellschaftliche Aufgaben betrachtet werden, zeigen indes verschiedene Begehren, die auch schon in einige Verträge eingegangen sind, etwa: dass bei Erkrankung eines Kindes der Vater oder die Mutter zur Betreuung zuhause soll bleiben können. Besonders klar in diese Richtung weist die Mutterschutz-Initiative, die auch der SGB unterstützt und für die zur Zeit Unterschriften gesammelt werden. Die Initiative fordert unter anderem einen 9-monatigen Elternurlaub, den der Vater oder die Mutter oder beide abwechslungsweise beanspruchen können.

Wo die Forderung auf Teilzeitstellen aus emanzipatorischen Gründen vertreten wird,

geschieht es unter vier grundsätzlichen Bedingungen:

- volle Unterstellung der TZA unter die GAV,
- TZ-Stellen müssen Männern wie Frauen offenstehen,
- die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, alle Arbeiten, auch die qualifizierten, in Teilzeitpensen anzubieten. Notwendig ist daher eine neue Organisation der Arbeit nach den Bedürfnissen der Werktätigen,
- Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich müssen auch für TZA entsprechend gelten.

Von gewerkschaftlicher Seite wird freilich auch befürchtet, dass die Forderung nach mehr Teilzeit-Stellen die schlechten Bedingungen der TZA nur verfestige. Auch wird kritisiert, damit würde eine neue Schicht Privilegierter geschaffen, die sich TZA lohnässig leisten könne. Damit sich alle ein freiheitlicheres Leben leisten könnten, müsste das Hauptziel gewerkschaftlicher Politik die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein.

Eine endgültige Stellungnahme zur TZA ist heute nicht möglich. Die Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten der TZA hat in den Gewerkschaften erst angefangen

#### Adresse der Autorin

Lydia Trüb  
lic.phil. I  
Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier  
Luisenstrasse 29  
8031 Zürich

"Ich will etwas tun!"

Bericht über den gleichnamigen Kurs, angeregt von der Gruppe Frau und Arbeit in Biel, durchgeführt und getragen von der Volkshochschule Biel und Umgebung und vom Arbeitskreis für Zeitfragen Biel in der Zeit vom 23. Oktober bis 23. November 1978

von Irène Steeb

Die Gruppe Frau und Arbeit, die sich im Herbst 1977 aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und einem von der katholischen Kirche angestellten Mitarbeiter konstituierte, hatte von Anfang an die Absicht, neben der gleichnamigen Broschüre \*) - siehe auch "Frauenfragen" Nr. 2 - auch noch Kurse anzubieten. Der hier beschriebene Kurs ist ein erster solcher Versuch.

Der Text der Ausschreibung lautete:

"Wie kann ich mich als Frau verwirklichen? Wie kann ich meine Kräfte für mich und andere nützlich machen? Wie erkenne ich meine Fähigkeiten und Grenzen? Wie lerne ich, mich an an Neues zu wagen? Welche Möglichkeiten habe ich überhaupt? Der Kurs will diese Fragen beantworten helfen. Zu diesem Zweck gibt es einerseits Hilfe, die eigene Persönlichkeit zu erkennen und zu schulen (wer bin ich, wie entscheide ich mich, wie löse ich Konflikte usw.?). Andererseits vermittelt er praktische Hinweise und Hilfen für Frauen, die sich beruflich, ehrenamtlich oder sonst in irgendeiner Form engagieren wollen."

\*) "Frau und Arbeit. Zur Lage in Biel", zu beziehen bei Hannelene Döme, Schützengasse 71c, 2502 Biel (in Biel auch in Buchhandlungen und Kiosken).

Angesprochen wurden alle am Thema interessierten Frauen; die Teilnehmerzahl beschränkten wir auf 25. Etwa 10 Interessentinnen mussten zurückgestellt werden. Zusammen mit vier Frauen aus der Gruppe Frau und Arbeit und zwei Berufsberaterinnen arbeiteten wir also mit insgesamt rund 30 Frauen unter der Leitung einer Psychologin/Erwachsenenbildnerin und einer Sozialarbeiterin.

Der Kurs war so aufgebaut, dass in einer ersten, intensiven Phase (drei Nachmittage von 2 1/2 Stunden und ein Nachmittage von 4 Stunden innerhalb der ersten Woche) vor allem Vertrauen unter den Teilnehmerinnen und zur Kursleitung entstehen konnte. Diese Phase war geprägt durch Begegnungs- und Gesprächsübungen auf der Grundlage der eigenen Situation als Frau (Motivation zur eigenen Berufswahl, Wünsche und Vorstellungen bezüglich einer neuen Tätigkeit, Problemaufarbeitung mit Hilfe der Methode des "aktiven Zuhörens"). Es zeigte sich, dass vor allem der vierstündige Block am Samstagnachmittage viel zur Offenheit unter allen Beteiligten und zum Problembewusstsein beigetragen hat.

In einer zweiten Phase (zwei Nachmittage von 2 1/2 Stunden in der zweiten Woche) wurden konkrete Informationen vermittelt: über die Situation auf dem Arbeitsmarkt, über Formen der Mütter-selbsthilfe sowie über ehrenamtliche Einsätze in der Öffentlichkeit und im sozialen Bereich - immer mit vorgängiger Sensibilisierung auf die Themen hin in Kleingruppen und mit anschliessender Verarbeitung in Gruppen oder im Plenum.

Die dritte Phase (zwei Nachmittage von 2 1/2 Stunden, mit zwei Wochen Abstand vor dem letzten) war ganz der Umsetzung des im Kurs Gelernten in die Praxis der Teilnehmerinnen gewidmet. Dazu gehörte eine ausgedehnte Entscheidungsübung in Zweiergruppen, die Formulierung

eines persönlichen Projekts und die Bildung von Gruppen, die sich nach Kursabschluss treffen und deren Mitglieder einander beim Realisieren der Projekte helfen würden. Wir stellten uns vor, dass sich die Gruppenmitglieder gegenseitig in ihrem Entwicklungsprozess begleiten und beistehen würden, gegebenenfalls unter Beizug der Kursleitung oder eines Mitglieds der Gruppe Frau und Arbeit. Ausserdem haben sich alle Teilnehmerinnen auf einen monatlichen "Stamm" geeinigt, um den Kontakt nicht zu verlieren.

Zwei Dinge haben sicher wesentlich zum Gelingen des Kurses beigetragen:

- der Kinderhütendienst, der für die ganze Kursdauer angeboten wurde und der regelmässig rund 15 Kinder betreute. Dieses Angebot sollte in keinem Kurs für Frauen mehr fehlen;
- die äusserst wohnlichen Kursräume (keine Schulzimmeratmosphäre), wo wir selber Kaffee und Tee kochen konnten. Sieben verschiedene Zimmer gaben uns die Möglichkeit, ungestört in Kleingruppen zu arbeiten - eine Voraussetzung für das Erreichen der gesteckten Ziele. (Es handelt sich hier um eine zum Begegnungszentrum umgestaltete Altwohnung, für deren Benützung nicht etwa ein Abwart, sondern die jeweiligen Gruppen selber verantwortlich sind, was sich auf das Kursgeschehen äusserst positiv auswirkt.)

Der Kurs hat sehr viel günstiges Echo gefunden. Hier einige Stimmen von Teilnehmerinnen bei der Auswertung:

- "Ich habe in diesem Kurs wieder gespürt, dass wir Frauen im gleichen Boot sitzen, aber nur wenige rudern können."
- "Positiv waren für mich die vielen Denkanstösse, die ich konkret auch im häuslichen Alltag anwenden konnte."
- "Alles Erlebte hat mich bestärkt, dass es richtig ist, auch für mich selber zu leben und nicht nur für andere da zu sein. Ich setze mich jetzt eher durch. (...) Positiv überrascht hat mich auch das gute Einvernehmen unter allen Teilnehmerinnen."

Und von allen Teilnehmerinnen wurde immer wieder als besonders gut hervorgehoben: über meine Probleme sprechen können und ernstgenommen werden; merken, dass andere Frauen ähnliche Probleme haben, dass ich damit nicht allein bin.

Soviel zum subjektiven Erfolg bei den Teilnehmerinnen. Und wie steht es mit dem "objektiven" Erfolg? Etwa ein halbes Dutzend Teilnehmerinnen hat während des Kurses eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit aufgenommen. Das scheint auf den ersten Blick wenig. Aber wir glauben, dass es den vom Kursthema angesprochenen Frauen nicht in erster Linie darum ging, einfach eine "Beschäftigung" zu finden, sondern vielmehr darum, sich selber besser kennenzulernen, mündig zu werden und für sein Leben mehr Verantwortung zu übernehmen. Erst dadurch werden ja die Voraussetzungen geschaffen, sich bezüglich der Frage einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit richtig zu entscheiden.

Wir danken allen beteiligten Personen und Instanzen, dass sie zum Gelingen des Kurses beigetragen haben. Die Arbeit der Gruppe Frau und Arbeit in Biel wird damit nicht erschöpft sein. Nicht nur wurde von verschiedenster Seite her eine Wiederholung dieses Kurses gewünscht, auch Veranstaltungen zur politischen Bildung der Frauen wurde gefordert. Wir sind uns ausserdem bewusst, dass ein Teil der arbeitslosen Frauen - vor allem anderssprachige und solche mit fehlender Schulbildung - gar nicht auf diese Kursangebote ansprechen und dass wir nach neuen Formen und Methoden suchen müssen, um auch jenen Frauen Hilfe anzubieten. Uebrigens: vom 24. April bis 19. Juni 1979 fand der zweite Kurs "Ich will etwas tun!" statt.

#### Adresse der Autorin

Irène Steeb  
dipl. Psychologin  
Albert Ankerweg 11  
2502 Biel

Es ist schwierig abzuschätzen, was wir wirklich in Gang gebracht haben"

Bieler Frauen berichten über ihre Erfahrung beim Verkauf der Broschüre "Frau und Arbeit"

Im Juni 1978 erschien in Biel die Broschüre "Frau und Arbeit. Zur Lage in Biel". Eine Gruppe von elf Frauen hatte sie erarbeitet, um etwas zu tun gegen die Frauenarbeitslosigkeit in der von der Rezession besonders hart betroffenen Stadt Biel. In der Broschüre werden Frauen umfassend informiert über die Möglichkeit, ausser Hauses einen Aktionsraum zu finden.

Wie wurde diese Broschüre "eingesetzt"? Wo kam sie an? Und welche Erfahrungen machten die Bielerinnen beim Vertrieb dieser Broschüre? Sie schreiben:

Unser Anliegen war es, die Broschüre möglichst vielen betroffenen Frauen bekannt zu machen. Wir benutzten dazu folgende Möglichkeiten:

Wir schickten die Broschüre gratis an alle Aerzte, Zahn- und Tierärzte, sowie an sämtliche Coiffeure mit der Bitte, die Hefte im Wartezimmer oder im Salon aufzulegen;

Wir hatten mehrmals verschiedene Verkaufsstände auf öffentlichen Plätzen und in einem grossen regionalen Einkaufszentrum eingerichtet;

Wir brachten die Broschüre durch die Buchhandlungen auf dem Platz Biel und einige Kioske in den Verkauf;

Wir organisierten einen öffentlichen Diskussionsabend mit Ständerätin Emilie Lieberherr und verkauften im Anschluss daran die Broschüre.

Die Erfahrungen, die wir bei diesen Aktionen machten, waren sehr unterschiedlich. Die Idee der Arztpraxen gut war, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen. Wir

haben nicht systematisch kontrolliert, ob die verschickten Exemplare in den Wartezimmern landeten. Wenn wir Stichproben glauben schenken wollen, sind es vielleicht die Hälfte. Im Strassenverkauf setzten wir enttäuschend wenig Exemplare ab. Noch weniger häufig als in den Arztpraxen dürfte die Broschüre in den Coiffeursalons aufgelegt worden sein.

Voll Optimismus standen wir mehrmals an einem Stand, um direkt mit Frauen ins Gespräch zu kommen und um ihnen unsere Broschüre zu einem kleinen Preis zu verkaufen. Oft nahm man an, dass wir etwas für einen wohltätigen Zweck feilhalten. Es gelang uns nicht immer, die Frauen zu überzeugen, dass wir ihnen helfen wollen. "Ich habe eine Stelle" und "das interessiert mich nicht" waren oft zu hörende, ablehnende Antworten. Auch Frauen mit kleinen Kindern, die ja sicher im Moment vollbeschäftigt sind, wollten sich nicht auf ein Gespräch einlassen. Beim Abendverkauf waren vielmals die Ehemänner dabei, und wenn die Frauen Interesse zeigten, wurden sie ungeduldig und mahnten zum Aufbruch. Es gab Frauen, die wollten nicht mit uns reden oder sich die Broschüre ansehen, wenn sie in Begleitung des Mannes waren. Das Gegenteil kam auch vor: hie und da wollte ein Mann mehr wissen und die Frau drängte zum weitergehen. Dennoch: auch Ablehnung und Empörung scheinen uns ein "Erfolg" zu sein, jedenfalls bewirkt eine solche Reaktion wohl mehr als gleichgültiges Daranvorbeigehen.

Natürlich gab es auch immer wieder erfreuliche Reaktionen, etwa: "Ja, meine Kinder sind jetzt grösser, und ich möchte wieder etwas unternehmen, aber ich weiss nicht recht wie und was. Ich kann diese Broschüre jetzt gut brauchen." Zu unserer Ueberraschung blieben oft ältere Frauen am Stand stehen, schauten sich die Broschüre an, erzählten manchmal, was sie für Schwierigkeiten im Leben

hatten, und kauften das Heft für ihre Tochter oder eine Bekannte. Vielleicht liegt es daran, dass diese Frauen nun mehr Zeit haben.

Immerhin wurden im Anschluss an diese Aktionen rund 70 ausgefüllte Fragebogen an uns zurückgeschickt, die uns bei der Planung des Kurses "Ich will etwas tun" eine grosse Hilfe waren.

Der Verkauf in den Buchhandlungen ist noch im Gang. Bis heute wurden etwa 150 Stück verkauft. Mit den Kiosken haben wir noch nicht abgerechnet. Geliefert wurden ihnen ebenfalls 150 Stück.

Der Diskussionsabend mit Ständerätin Emilie Lieberherr, den wir organisiert hatten, um auf das Problem und auf die Broschüre aufmerksam zu machen, war in jeder Hinsicht ein grosser Erfolg. Das Thema lautete "Frau und Arbeit, die Folgen der Rezession für die Stellung der Frau". Wir verkauften gegen 100 Exemplare an ein zahlreich erschienenen, interessiertes Publikum.

"Frauen helfen Frauen", "Hilfe zur Selbsthilfe" so tönt es in den Kritiken, die sich allgemein sehr positiv über die Broschüre äussern. Dank diesem Echo in der Presse bekamen wir einzelne Bestellungen aus der ganzen Schweiz und sogar aus Deutschland. (Besonders interessiert daran waren Frauenbuchläden, Berufsberatungen und Bibliotheken).

Es ist schwer festzustellen, was diese Broschüre alles in Gang gesetzt hat und dort, wo sie vielleicht jetzt noch herumliegt, plötzlich in Gang setzen kann. Dass die Leute auf den ersten Blick ablehnend reagieren, ist bei der heutigen Stimmung schier natürlich. Wir können nur hoffen, dass sie durch Nachdenken langsam anders werden. Nicht zu unterschätzen ist die Wirkung bei Behörden usw., soweit diese erreicht worden sind."

#### KORRIGENDUM

In "Frauenfragen" Nr. 1-2/79 berichteten wir auf S. 102 ff. über die Vernehmlassungen zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau". Dabei wurde nirgends erwähnt, dass auch die Organisation für die Sache der Frauen (Ofra), die Frauenbefreiungsbewegung (FBB) sowie die Aufbauorganisation Feministische Partei Basel zum Begehren Stellung genommen haben. Wir holen dies hiermit nach, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, den genannten Organisationen sei die Initiative nicht wichtig.

Frauen in der Emigration.-  
Zu einer soziologischen Untersuchung  
der Lebens- und Arbeitssituation  
italienischer Frauen in der Schweiz \*)

von Katharina Ley

Was die Italienerinnen über ihr Leben in der Schweiz - in der Emigration - aussagen, ist viel positiver als das, was sie nach eigenen Beurteilungen erleben. Obwohl ihre Wohnungen lärmig, ihre Berufsarbeit monoton und ihre Löhne an der untersten Grenze sind, ist die verbale Einschätzung erstaunlich günstig. Die Erklärung dieses Widerspruchs ist nicht sehr schwierig: die emigrierten Frauen beziehen sich mehr oder weniger bewusst auf das, was sie hinter sich gelassen haben. Was sie hier in der Schweiz erreicht haben, ist "ein Fortschritt" im Vergleich mit der Herkunftssituation.

Eine Emigration gründet sich meistens auf Hoffnungen: mit dem Wechsel der Umgebung werden, wie vage auch immer, Möglichkeiten eines besseren Lebens verknüpft. Auch die italienischen Emigrantinnen sind mit Hoffnungen in die Schweiz gekommen: Hoffnungen auf eine Erwerbsarbeit - und eine baldige Rückkehr in die Heimat.

Ein weiterer Widerspruch ist schwieriger zu verstehen: einerseits äussern sich die Arbeiterinnen gegen eine Rollen-trennung, gegen die Doppelrolle der Frau, gegen deren Ueberlastung im Haushalt und im Beruf. Sie finden es normal, dass die Arbeit in Haushalt

\*) Das Buch, die Dissertation der Autorin dieses Beitrags, ist jüngst im Verlag Huber, Frauenfeld, erschienen.

und Beruf geteilt wird zwischen Mann und Frau. Andererseits akzeptieren sie in der Realität mehrheitlich die Doppelrolle; sind sie es, die sich allein mit dem Haushalt und den Kindern beschäftigen, wenn auch die berufliche Belastung den Mann so gut wie sie selber trifft.

Wieso akzeptieren die Frauen diesen Kompromiss? Es kann nicht nur der Blick zurück ins Heimatland sein, der sie dazu führt. Ist es vielleicht mehr die Herausforderung der Situation in der Emigration? Man ist emigriert - man akzeptiert diese Situation trotz der Ueberlastung, man kämpft, um sie zu ertragen, so wie man gekämpft hat, um in die Emigration zu kommen. Ganz allgemein finden wir bei diesen Frauen ein Gemisch ihrer Beschreibung der Realität und ihrer Wünsche für die Zukunft. Was bieten sich für Erklärungen an für diese Widersprüche, für dieses Gemisch? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus, wenn es doch ein Ziel wäre, aus der Doppelbelastung, aus Diskriminierungen herauskommen zu können?

Die positive Bewertung der Emigration ist ein Ergebnis, das sich durch alle Untersuchungen von Emigranten zieht. Entscheidend ist dabei, dass durch die Zunahme an ausserhäuslichen Beschäftigungs-, Aktivitäts- und Vergnügungsmöglichkeiten der Lebenshorizont, wenn auch schmerzhaft, erweitert wird.

Die vorwiegend positive Bewertung der Emigration ergeben sozusagen alle Untersuchungen über Emigranten. Entscheidend ist dabei, dass der Emigrantenstrom von ländlichen, wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten in industrialisierte, wirtschaftlich höher entwickelte Regionen verläuft. Das bedeutet stets eine Zunahme an Beschäftigungsmöglichkeiten - wie tief eingestuft auch immer -, eine Zunahme der Konsummöglichkeiten und anderem. Diesem Mehr an Arbeit und Lebens-

gestaltungsmöglichkeiten ist vermutlich die positive Bewertung der Emigration zu verdanken. Es erscheint auch plausibel, dass dieses zuweilen bescheidene Mehr an Möglichkeiten in der Bewertung der Emigration gewisse Nachteile (Sprachschwierigkeiten, Heimatlosigkeit, Unsicherheit) aufwiegt. Bezeichnenderweise scheinen die Frauen all das unangemessen günstig zu beurteilen, worin zu bewähren sie sich unter Erfolgszwang fühlen. Das betrifft besonders die Bewertung der Emigration als Ganzes, die Befriedigung in der Arbeit, die Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Haushalt und das Zurechtkommen mit Beruf und Familie. Dann gibt es aber auch Fragen, auf die wegen des grossen Widerspruchs der erlebten Situation keine eindeutig "richtige" Antwort gegeben wird. Ein Beispiel dafür ist die Frage danach, ob die Berufstätigkeit aufgegeben würde, falls dies finanziell möglich wäre. Die Antworten kreisen um die Art der Arbeit, um die Monotonie und Mühsal, sowie um die Belastung durch die Doppelaufgabe in Haushalt und Beruf. Dies bedeutet aber nicht - und das haben die Untersuchungen gezeigt -, dass emigrierte Frauen nicht berufstätig sein möchten. Die Berufstätigkeit an sich wird positiv bewertet. Im Vergleich zur mühseligen Tagelöhnerarbeit auf dem Felde im Herkunftsland erscheint die Fabrikarbeit sauber, weniger mühsam, weniger ermüdend. Vor allem ist es auch der feste, sichere Lohn, der die Fabrikarbeit attraktiv macht. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer verstärkt sich jedoch der Eindruck, die Berufstätigkeit an sich sei positiv, die faktisch ausgeübte tägliche Fabrik- oder Putzarbeit jedoch negativ.

Die aus den ländlichen Mittelmeerregionen in unser Land eingewanderten Frauen sind Angehörige zweier Welten. Die Vor- und Nachteile der Emigration, die zueinander in einem gewissen Widerspruch stehen, erzeugen bei den Emigrantinnen Widersprüche. Die Situation der Emigration als horizonterweiterndes, lebensveränderndes Erlebnis wird positiv bewertet, steht aber im Gegensatz zu den vielen Enttäuschungen und Dis-

kriminierungen und der grossen Müdigkeit, die alltäglich erfahren werden. In die Wahrnehmung und Bewertung der Emigration spielen Wunschvorstellungen hinein: die Emigration verunsichert tief.

"Zwischen zwei Welten"; so lässt sich die Situation vieler Frauen in der Emigration zusammenfassen. Zwischen der Orientierung nach der Heimat, in die man zurückkehren möchte; und der Situation in der Emigration, die einem ein anderes Leben zeigt, lässt sich nur schwer leben. Was bedeutet dieser doppelte Bezug in Orientierungen und Verhaltensweisen für die Frauen: Doppelt entfremdete Existenz oder Chance zur Erhöhung des Bewusstseins und Erweiterung des Horizontes? Obwohl fast alle Frauen jedes Jahr in den Ferien in ihre heimatliche Region zurückkehren und eine Rückkehr permanent vor den Augen haben, lässt sich das "Dazwischenfühlen" nicht vermeiden. Dabei spielt die zunehmende Aufenthaltsdauer, dank welcher die Sprachkenntnisse zunehmen, das Diskriminationsbewusstsein sich verringert und die Berufstätigkeit in einem günstigeren Licht erscheint, eine zentrale Rolle. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer wird die ausschliessliche Ausrichtung auf das Heimatland schwieriger und eine gewisse Einpassung in die Situation der Emigration wahrscheinlicher. Die Gespräche mit emigrierten Frauen haben immer wieder gezeigt, dass dieses unvermeidliche Leben in zwei Welten, diese Schielen nach der Heimat in starkem Ausmass als bedrohlich empfunden wird. Das "Dazwischen" wird dadurch noch kompliziert, dass keine der beiden Situationen - die Rückkehr und das Verbleiben in der Emigration - eine positive Perspektive eröffnen kann. Wir erhalten hier auch einen Hinweis darauf, dass wir uns die Ausrichtung der Frauen auf bestimmte Bezugswelten nicht einheitlich, sondern heterogen vorstellen müssen. So kann eine emigrierte Frau die Normen der Schweizerischen Arbeitswelt und Konsumgesellschaft voll übernommen haben, aber in der Familie und Erziehung sich weiterhin vorwiegend an ihrem Herkunftskontext orientieren. In dieser Ausrichtung auf zwei Welten hin liegt die Gefahr einer generellen Verunsicherung bzw. einer entfremdeten Existenz.

Bietet die Emigration den Frauen auch Chancen? Die Chancen der emigrierten

Frauen liegen in der Möglichkeit, die Bildung, die Sprachkenntnisse und damit im besten Fall auch die Berufsstellung zu verbessern. Welche Chancen ermöglicht die Berufstätigkeit der Frau? Nach deren eigenen Aussagen bietet sie die Möglichkeit zu erkennen, dass es keine traditionellen, biologischen und anderen Gründe gibt, den Frauen im Beschäftigungssystem fast ausschliesslich die tiefstrangierten und schlechtesten Positionen zu überlassen, sie löhnemässig zu benachteiligen und ihnen aufzuerlegen, ihre Berufstätigkeit mit dem ökonomischen Zwang zu legitimieren. In diesen Erkenntnisprozessen liegt eine Sprengkraft, die auf andere Lebensbereiche übergreift: auf die Familie, auf die Öffentlichkeit. Einer Minderheit - noch - hat die Emigration, hat die Berufstätigkeit die Augen geöffnet. Das Problemlösungsspektrum reicht vom Rückzug, der Resignation, zur kollektiven, solidarischen Aktion. Erst wenn sich emigrierte - und andere - Frauen bewusst werden, wie sehr die geschlechtsspezifischen Rollen sie einengen, wird es ihnen möglich werden, diese Beschränkungen aufzubrechen.

Die Lage der ausgewanderten Frauen wird dadurch erschwert, dass sie ihrer Probleme erst in der Emigration vollumfänglich gewahr werden. In ihrem mehr oder weniger geschlossenen Herkunftskontext existieren zwar unterschiedliche Bewertungen und Belastungen von Frauen und Männern. Gleichzeitig bedeuten jedoch die relative Geschlossenheit des Herkunftskontextes und die Trennung der geschlechtsspezifischen Lebensbereiche (Frau im Haus, Mann ausserhalb) einen Schutz; geschlechtsspezifische Benachteiligung ist nicht leicht wahrzunehmen. Der Schutz wird durch die Schwierigkeiten der Existenzsicherung im Herkunftsland und die oft schwache Position des Mannes (Arbeitslosigkeit etc.) verstärkt. Die Emigration bedeutet nun ein Verlassen dieses Schutzraumes, und damit eine massive Verunsicherung, die auch durch die Rückkehrperspektive kaum mehr abgebaut werden kann.

Die Mehrheit der Emigrantinnen hat wichtige Erfahrungen gemacht - und findet sich damit allein, isoliert, hilflos, überlastet. Jene, die sich in Gruppen, in Kursen finden konnten, Unterstützung erreicht haben, werden daran langsam aber sicher stark. Deshalb sind Kontakte, Consultorios wichtig. Die Erfahrungen der Emigration drücken zu schwer, als dass sie von einer Frau, einem Ehepaar, einer Familie allein bewältigt werden könnten.

Die Tripelrolle der Frau als "breeder-feeder-producer" - als Ernährerin und Versorgerin der Kinder und der Familie sowie als Produzentin/Berufstätige - ist historisch gesehen nichts Neues, sondern kann im Gegenteil bis in die Zeit der Jäger und Sammler zurückverfolgt werden. Relativ jung ist jedoch die Vorstellung einer Gleichberechtigung der Geschlechter. Diese Idee ist eng verknüpft mit jener anderen: die Welt sei machbar, Positionen seien erwerbbar. Mit dieser Rationalität der industrialisierten Welt werden die emigrierten Frauen in der Regel erst in der Fremde konfrontiert. Vor allem die Aufnahme der Berufstätigkeit ermöglicht und erzwingt ein Nachdenken über zugeschriebene Werte (Frau als Mutter). Die emigrierten Frauen der ersten Generation sind in der Idee der Fortpflanzung als einziger Lebensaufgabe der Frau gross geworden. In der Emigration befürwortet eine grosse Mehrheit den Gebrauch von Antikonzeptiva im Einverständnis mit ihren Lebenspartnern. Ein Viertel der Frauen gesteht, dass nicht alle ihre Kinder Wunschkinder sind. Hier stellt sich die Frage nach dem weiblichen Leitbild, das diese Frauen ihren Kindern, der zweiten Generation, vermitteln. Die Zukunft ist noch offen. Sie wird entscheidend davon abhängen, in welcher Art und auf welche Weise die Frauen (und Männer) der ersten Generation die tiefgreifenden Veränderungen ihres Lebens in der Emigration als einzelne verarbeiten.

Die Situation der Emigranten in unserer industrialisierten Gesellschaft kann als "komplizierte Struktur" mit widersprüchlichen Erwartungen charakterisiert werden. Die Gruppe der Emigranten und

Emigrantinnen wird dadurch bis hinunter zum einzelnen Individuum aufgesplittert. Notwendig sind Gruppen und Institutionen, welche die Zersplitterung zusammenfassen im Blick auf das soziale und politische Ziel, die Emigration abzuschaffen.

Adresse der Autorin

Dr. Katharina Ley  
Leiterin der Berner Kontaktstelle  
Ausländer-Schweizer  
Optingenstrasse 33  
3013 Bern

Chronik der laufenden Ereignisse  
Februar bis Mitte Mai 1979

Misshandelte Frauen

(5.2.) Viele Ehemänner wenden gegenüber Frauen und Kindern Gewalt an: Eine im Auftrag des Berner Gemeinderates durchgeführte Untersuchung ergibt, dass im Laufe eines Jahres in der Stadt Bern 300 bis 350 Tötlichkeiten gegen Ehefrauen registriert wurden. Ursachen sind besondere Stresssituationen wie enge Wohnverhältnisse, Geldknappheit, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Drittbeziehungen usw., wobei der Alkohol als "Entfessler" eine überragende Rolle spielt. Der Verein zum Schutz misshandelter Frauen vertritt an einer Pressekonferenz die Meinung, dass die Zahl geschlagener Frauen in Wirklichkeit viel grösser ist. Die gegenwärtigen Notunterkünfte seien ungenügend, und nur ein Frauenhaus sei eine adäquate Lösung.

Weiterhin "oben ohne"

(14.2.) Bernerinnen dürfen mindestens im Sommer 1979 noch "oben ohne" baden. Der bernische Grosse Rat lehnte eine Motion ab, die ein sofortiges Oben-ohne-Verbot verlangt. Der Motionär Werner Scherrer, Vertreter der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU), befürchtet von der neuen Badesitte "die Auflösung der gesunden christlichen Moral in volksgefährdender Weise". Die Regierung dagegen erklärt, es sei Sache der Gerichtsbehörden, die Bestimmungen des Strafgesetzes zu interpretieren. Parlament und Volk haben sich noch mit einer kantonalen Initiative "gegen die Verwilderung der Badesitten" zu befassen, über die jedoch erst nach der Badesaison abgestimmt werden kann.

Geschäftsfrauen benachteiligt

(16.2.) Der Bundesrat befürwortet eine firmenrechtliche Gleichstellung der Ehegatten, möchte aber eine entsprechende Aenderung des Obligationenrechts erst nach der Revision des Familienrechts einleiten. In diesem Sinne antwortet die Landesregierung auf eine einfache Anfrage von Nationalrat Walter Augsburger, der kritisiert hat, dass eine Geschäftsfrau bei der Wahl des Namens ihrer Firma nicht so frei ist wie der Mann. Sie muss nämlich ihrem Familiennamen die Bezeichnung "Frau" oder wenigstens einen ausgeschriebenen Vornamen beifügen. Von Frauen wird diese Bestimmung zum Teil als diskriminierend empfunden.

Beratungs-Telefon der SVSS

(19.2.) Unter dem Namen "Help" richtet die Sektion Bern der Schweizerischen Vereinigung für Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs ein Beratungstelefon ein. Der Dienst (Tel. Nr. 031/21.01.41, 14.00 bis 21.00 Uhr ausser sonntags) will Jugendlichen und Eltern bei Problemen im Zusammenhang mit der Empfängnisverhütung sowie Frauen mit unerwünschten Schwangerschaften helfen. Nachdem zwei Volksabstimmungen über die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs zu keiner Verbesserung geführt haben, versucht die SVSS nun für die betroffenen Frauen Erleichterungen in der Praxis zu erreichen.

Gabrielle Nanchen tritt zurück

(2.3.) Nationalrätin Gabrielle Nanchen (SP, Wallis) erklärt ihren Verzicht auf eine weitere Kandidatur für die grosse Kammer. Sie begründet ihren Rücktritt damit, dass sie überlastet sei und ihren familiären Pflichten nicht nachkommen könne. Besonders seit der Geburt ihres dritten Kindes sei für sie die Vereinbarung von politischen und familiären Verpflichtungen sehr schwierig geworden.

### Kundgebung von Frauen

(10.3.) Ueber 800 Frauen demonstrieren in Zürich anlässlich des internationalen Tages der kämpfenden Frau, der zum Gedenken an einen Streik von New Yorker Textilarbeiterinnen vor 122 Jahren begangen wird. Mit Transparenten und Sprechchören setzen sich die Demonstrantinnen für freie Abtreibung, einen besseren Mutterschaftsschutz, freie Wahl der Sexualität und gegen Gewalt an Frauen ein.

### AHV früher für Frauen

(12.3.) Dass Schweizer Männer drei Jahre später als die Frauen Anspruch auf die AHV-Rente haben, verstösst weder gegen die Bundesverfassung noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. So entscheidet das Eidg. Versicherungsgericht, das eine diesbezügliche Beschwerde eines Versicherten abweist. Der Beschwerdeführer war der Auffassung, unsere gesetzliche Ordnung verstosse gegen Art. 4 BV, wonach alle Schweizer vor dem Gesetz gleich seien. Das Versicherungsgericht erklärt aber, die von der Bundesversammlung beschlossenen Erlasse könnten nicht vom Richter dahin überprüft werden, ob sie mit der Verfassung übereinstimmen. Was die EMRK betreffe, so fehle darin eine Bestimmung über die Altersgrenzen beim Rentenanspruch.

### Für Mutterschaftsversicherung

(14.3.) Wie der Nationalrat befürwortet auch der Ständerat einen verstärkten Schutz der Mutterschaft. Er heisst zwei von der CVP eingereichten Motionen des Nationalrats gut, will sich aber in bezug auf das Ausmass des Kündigungsschutzes noch nicht festlegen. U.a. soll eine Mutterschaftsversicherung geschaffen werden, die während eines Mutterschaftsurlaubs von 16 Wochen ein Taggeld vorsieht.

### Verkäuferinnen dürfen sitzen

(14.3.) Im Arbeitsgesetz gibt es keine Vorschrift, derzufolge Verkäuferinnen nur stehend arbeiten dürfen. Darauf weist der Bundesrat in der Stellungnahme zu einem Postulat von Nationalrat Jean Ziegler (SP, Genf) hin. Vielmehr heisse es, der Arbeitgeber habe die betriebli-

chen Einrichtungen so zu gestalten, dass eine Ueberbeanspruchung der Arbeitnehmer nach Möglichkeit vermieden werde. Verkäuferinnen könnten sich auf diese Vorschrift berufen, erklärt der Bundesrat, der dem Parlament die Ablehnung des Postulats beantragt. Es gebe zwar Arbeitsplätze an denen stehend gearbeitet werden müsse, doch erlaubten vernünftige Arbeitgeber den Arbeitnehmern die zeitweilige Benützung von Sitzgelegenheiten, fügt die Landesregierung hinzu.

### Mehr Rechte für Diplomatenfrauen

(22.3.) Die Ehefrauen von Diplomaten im Ausland sollen künftig wie ihre Männer schriftlich an eidg. Urnengängen teilnehmen können. Mit 87:20 Stimmen überweist der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrates eine entsprechende Motion von Monique Bauer (lib., Genf). Gemäss geltendem Gesetz müssen sich Auslandsschweizer zu Abstimmungen in die Schweiz begeben, mit Ausnahme der schweizerischen Beamten im Ausland. Der Bundesrat wollte den Vorstoss aus dem Nationalrat lediglich als Postulat entgegennehmen, weil er befürchtet, andere Auslandschweizer könnten das gleiche Anliegen vorbringen.

### Erste Tramführerinnen in Zürich

(2.4.) Premiere bei den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich (VBZ): Sechs Frauen beginnen ihre Ausbildung, um Ende Mai ihre Arbeit als erste Wagenführerinnen der Zürcher Geschichte selbständig aufnehmen zu können. Gegen diese Entwicklung hatte zunächst ein Vertreter des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) opponiert, sich später aber mit der Aufgabe der männlichen "Alleinherrschaft" in den Führerständen der Trams einverstanden erklärt.

### Mutterschaftsschutz muss warten

(18.4.) Das Problem der Mutterschaftsversicherung soll nach Ansicht der zuständigen Nationalratskommission im Zusammenhang mit der Volksinitiative "für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft" behandelt werden, für welche die Unterschriftensammlung noch läuft. Das Gremium beschloss deshalb, eine parlamentarische Einzelinitiative von Nationalrätin

Gabrielle Nanchen (SP, Wallis) zurückzustellen, bis 1982 oder 1983 die Botschaft des Bundesrats zum Volksbegehren vorliegt. Die Kommission steht grundsätzlich einem Ausbau des Mutterschaftsschutzes positiv gegenüber, doch sind in ihrer Mitte Begehren wie Elternurlaub und Obligatorium der Mutterschaftsversicherung umstritten.

#### Streit um Nationaldienst von Frauen

(14.4.) Der Nationaldienst für Frauen gibt wieder zu reden: Ein Interview der ehemaligen Chef-FHD Andrée Weitzel über eine Studie zur "Stellung der Frau in allen Gebieten der Gesamtverteidigung", die sie im Auftrag des EMD zurzeit erarbeitet, löst einen Protest des Schweizerischen Friedensrates aus. Frau Weitzel erklärte, es gehe vorab um Vorschläge, wie die Frau auf Katastrophen und Notfälle vorbereitet werden könne, und sie unterbreite verschiedene Varianten für den freiwilligen und obligatorischen Einsatz der Frau in der Gesamtverteidigung. Der Friedensrat jedoch ist "empört", dass ein weiterer Schritt zur Einbeziehung der Frauen in das Gesamtverteidigungskonzept gemacht werden soll. Wenig früher haben SP-Frauen den Bund Schweizerischer Frauenorganisationen kritisiert, der mit einer "trickreich abgefassten" Umfrage der militärischen Ausbildung von Frauen Vorschub leiste.

#### Kein Frauenstimmrecht in AR und IR

(29.4.) Die Ausserrhoder Männer lehnen an der Landsgemeinde in Hundwil die Einführung des partiellen Frauenstimmrechts, wonach Frauen an Kantonsrats- und Ständeratswahlen, nicht aber an der Landsgemeinde hätten teilnehmen können, ab. Somit haben die Frauen auch in Zukunft in politischen Angelegenheiten auf kantonaler Ebene nichts zu sagen. In Innerrhoden war die Frage bereits im März von der Traktandenliste abgesetzt worden. Begründung im Parlament: Weniger die Ablehnung des Frauenstimmrechts als vielmehr Angst vor einem Nein der versammelten Bürger.

#### Frau in AHV und Sport

(2.5.) Der Bundesrat erklärt sich bereit, zwei Postulate von Nationalrätin Gertrud Spiess (CVP, Basel-Stadt) entgegenzunehmen. Mit dem einen Vorstoss verlangt die Parlamentarierin die Einsetzung einer kleinen Expertenkommission, die sich mit der Stellung der Frau in der AHV befassen soll. Mit dem zweiten fordert sie den Bundesrat auf, seinen Einfluss geltend zu machen, damit auch selbständige Frauensportverbände dem Landesverband für Sport angehören können.

#### Knapp gegen Standesinitiative

(7.5.) Aeusserst knapp, mit Stichtscheid des Präsidenten, lehnt der bernische Grosse Rat die Ausarbeitung einer Standesinitiative für eine föderalistische Lösung des Schwangerschaftsabbruchs ab. Die bernische Regierung wird jedoch mit einem Postulat ersucht, sich beim Eidg. Justiz- und Polizeidepartement für eine föderalistische Lösung einzusetzen. Die Standesinitiative war mit einer Motion eines Poch-Vertreters verlangt worden.

#### Heiratslust auf Rekordtief

(8.5.) Nur noch 31'979 Paare haben 1978 in der Schweiz geheiratet, also 1'053 Paare weniger als 1977. Damit hat die Heiratslust ein Rekordtief erreicht. Der Rückgang seit 1969 beträgt 32 Prozent. Bis zurück zum Jahr 1875 hat sich mit einer Ausnahme keine derart tiefe Heiratsrate (5 Heiraten auf 1'000 Einwohner) mehr ergeben. Als Ursache betrachtet man u.a. einen Trend zum Alleinleben, das Konkubinat, das Steuersystem, die sinkende Geburtenzahl und die Berufstätigkeit der Frauen.

#### Schranken auch in der Freizeit

(10.5.) Rekruten, deren Mutter während der Kindheit des Sohnes berufstätig war, sind deswegen nicht weniger kontaktfreudig, zufrieden oder sportlich als andere. Dies ergeben u.a. die Pädagogischen Rekrutenprüfungen 1976, bei denen über 30'000 Rekruten und rund 600 Zürcher Mädchen über ihr Sport- und Freizeitverhalten befragt wurden. Die Umfrage zeigte ausserdem, dass bei Mädchen in der Freizeit ähnliche soziale Schranken wie bei ihrer Berufswahl bestehen. Die Autoren lassen offen, ob dies sozialisations- und machtbedingte oder auch genetische Ursachen hat. fk

## Avant-projet d'une révision partielle de l'assurance-maladie

### Introduction

La loi sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents, qui est notre plus ancienne institution d'assurance sociale, date de 1911. Elle a été révisée en 1964 en ce qui concerne l'assurance-maladie (AM). Une tentative de donner à l'AM une nouvelle base constitutionnelle s'est heurtée en 1974 au rejet, par le peuple et les cantons, aussi bien de l'initiative que du contre-projet de l'Assemblée fédérale, sur quoi le Département fédéral de l'intérieur constitua en mai 1976 déjà une commission d'experts chargée de préparer une révision partielle de l'AM. La commission acheva ses travaux le 5 juillet 1977. Soumises à la procédure de consultation, ses propositions furent soit approuvées (obligation des salariés de s'assurer pour l'indemnité journalière) soit repoussées (financement de l'AM par une cotisation en pour-cent du salaire, notamment). En novembre 1978, le Département fédéral de l'intérieur a présenté un avant-projet qui tient compte des résultats de la consultation. Ci-après la position prise sur ce projet par la Commission fédérale pour les questions féminines.

### Généralités

La Commission se félicite qu'en dépit des quelques échecs, un nouvel effort soit entrepris pour réaliser au moins une révision partielle de l'assurance-maladie (AM). Cela est d'autant plus remarquable que nous nous trouvons dans une période guère favorable à des améliorations dans le domaine de l'assurance sociale.

Tout en comprenant que la situation politique actuelle ne permette point de rendre obligatoire l'assurance des soins médicaux et pharmaceutiques, nous ne pouvons nous empêcher de regretter cela. L'assurance obligatoire ferait enfin admettre le principe de solidarité entre toutes les classes sociales, tous les âges et les deux sexes également en matière d'AM. En particulier, elle rendait possible de prévoir de meilleures prestations pour les femmes en cas de maternité - si l'assurance-maternité doit effectivement être incluse dans l'AM - sans le risque de voir les hommes éviter la charge financière supplémentaire par la conclusion d'une assurance privée.

Il faut retenir que l'avant-projet (AP) tient au moins partiellement compte des anciens postulats des femmes. Ainsi, les prestations en cas de maternité sont améliorées, les cotisations pour les enfants en partie réduites, en partie reprises entièrement par la Confédération, les examens préventifs prévus en principe comme prestations des caisses. L'AP apporte donc des modifications opportunes, notamment pour les femmes, mais également des charges accrues.

Les raisons pour lesquelles nous ne pouvons tout de même pas l'approuver sans autre sont expliquées dans notre prise de position sur les différentes innovations concernant les femmes.

Prise de position sur les différentes dispositions de l'APArt. 1, 2e al.

La Commission continue de préconiser une assurance-maternité distincte; à ce sujet, nous renvoyons à notre demande du 20 avril 1978 à l'Office fédéral des assurances sociales (résumé en annexe). Il est donc regrettable que la maternité est expressément déclarée être une partie de l'AM. La grossesse, l'accouchement et les soins aux enfants ne représentent ni une maladie, ni un autre risque dans le sens de la législation en matière d'assurance: les prestations nécessaires ne devraient pas être faites dans le cadre d'une assurance. Les "Nombreux avantages" que la solution doit apporter dans le cadre de l'AM ne sont pas mentionnés dans le rapport \*). Il est clair que les travaux préparatoires d'une assurance-maternité distincte seront importants et nécessiteront beaucoup de temps, mais cela ne peut constituer un argument contre un système autonome de prestations sociales. C'est justement le fait d'incorporer par principe l'assurance-maternité dans l'AM qui menace de figer la situation actuelle et de bloquer d'avance toute discussion approfondie sur d'autres solutions. Pour ces raisons, nous proposons la rédaction suivante pour le nouvel art. 1, 2e al de l'AP:

"<sup>2</sup>Jusqu'à la création d'une oeuvre sociale distincte, l'assurance-maternité est une partie de l'assurance-maladie."

Art. 5, 2e al.

Il est heureux que le fait de purger une peine privative de liberté ne puisse plus constituer une raison pour refuser à une femme l'admission dans une caisse; notons que la Commission avait déjà formulé cette exigence dans son rapport sur l'exécution de la peine par les femmes publié à la fin de l'année dernière.

Art. 5, 3e al.

Dans le but d'une couverture d'assurance aussi élevée que possible et d'une décharge des parents, et en particulier des mères célibataires, il faut vivement soutenir l'interdiction d'exclure de l'assurance par une réserve les enfants avant l'accomplissement de la première année et plus tard pour un maximum de deux ans.

Art. 6bis, 2e et 3e al., art. 36bis

La Commission ne comprend pas pourquoi l'échelonnement des cotisations d'après le sexe doit en principe rester possible. Il a été établi que les femmes

---

\*) le rapport peut être obtenu à l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

constituent un risque plus élevé que les hommes \*). Cependant, pour aucune autre catégorie de risque (fumeurs, alcooliques, etc.) à part le sexe, la cotisation est indirectement et tacitement calculée selon une sorte de principe de causalité. Il semble plausible que les femmes coûtent plus cher aux caisses parce que pour les hommes celles-ci sont partiellement déchargées par d'autres assurances (CNA, assurance-accidents, assurance militaire). En outre, les hommes peuvent plus facilement se passer d'une hospitalisation ou sortir plus vite de l'hôpital parce qu'ils peuvent se faire soigner à la maison par leur épouse; ces femmes économisent ainsi pour le compte de l'assurance-maladie une partie des frais et influencent en même temps de façon favorable la statistique pour les hommes.

Bien qu'à notre connaissance, la Suisse soit le seul pays européen où les cotisations sont différentes pour les femmes et les hommes, toute explication des causes entraînant cette différence dans la mise à contribution de la santé publique fait jusqu'à présent défaut, à l'exception des statistiques de prestations des caisses-maladie - qui, en simplifiant grossièrement, montrent que les femmes sont plus souvent malades que les hommes, mais que leurs maladies coûtent moins cher par cas. Nous suggérons qu'une enquête soit enfin effectuée à ce sujet qui devrait au moins vérifier les explications habituelles ("syndrome de la ménagère", "fuite dans la maladie au lieu de la criminalité", sous-occupation, ou au contraire double et triple occupation de beaucoup de femmes) \*\*). Il s'agirait donc de déterminer si, en fin de compte ce n'était pas l'image de la répartition des rôles et par conséquent le modèle social qui était à l'origine de la consommation médicale supérieure à la moyenne par la population féminine.

Avant de disposer d'une étude effectuée par des experts reconnus, nous ne pouvons accepter une différence entre les primes des femmes et des hommes. La commission d'experts pour la révision de l'AM était apparemment du même avis;

\*) Pour 1976, la statistique de morbidité des caisses-maladie donne par 100 assurés 110,8 cas de maladie chez les hommes contre 178,2 - ou 60,8% de plus - chez les femmes. Les frais de soins médicaux d'une femme assurée (sans maternité) s'élevaient en moyenne à Fr. 729.06 et étaient en 1976 de 52% plus élevés que ceux d'un homme qui se montaient à Fr. 478.56. Par cas de maladie, les frais moyens étaient légèrement inférieurs pour les femmes que pour les hommes (Fr. 409.23 contre Fr. 431.87). La part des différentes catégories de frais ne différait que de manière insignifiante entre les femmes et les hommes. Chez les femmes, le nombre des hospitalisations était de 53,8% plus élevé que chez les hommes (13,8 contre 9,0 hospitalisations par 100 assurés), alors que la durée moyenne de l'hospitalisations était pratiquement la même pour les femmes et les hommes (cf. "L'assurance-maladie en 1976", Bulletin des médecins suisses 4/1979, p. 145-156).

\*\*) Cf. à ce sujet p.ex.: H.E. Richter, "Konflikte und Krankheiten der Frau". Dans: Familiensoziologie, Frankfurt a.M. 1973 (p. 293-308); et: "Lernziel-Solidarität", Reinbek 1974 (p. 28-33); M. Dürkop/G. Hardtmann, "Frauenkriminalität". Dans: Frauen im Gefängnis, Frankfurt a.M. 1978 (p. 187-214, en particulier 208 ss.); E. Fischer-Homberger, "Krankheit Frau", Bern 1978 (p. 32); S. Arnold, "Die Stellung der Frau in der sozialen Krankenversicherung". Dans: Die Stellung der Frau in der schweizerischen Sozialversicherung, publié par l'Association Suisse des femmes universitaires, Berne 1975 (p. 62 ss.).

selon son rapport du 5 juillet 1977 \*), le moment est venu d'ancrer dans la loi le principe des cotisations égales pour hommes et femmes (p. 90 et 153). Une façon purement financière de considérer cette question néglige cependant des questions essentielles et n'est d'ailleurs pas logique, car dans ce cas il faudrait alors admettre une différence nettement plus grande entre les primes. Si cela paraît impossible en raison de considérations politiques, il est difficile à comprendre pourquoi une inégalité limitée à un dixième au maximum ne peut pas être entièrement éliminée. De toute façon, la limitation du subside selon l'art. 36bis (disposition transitoire f) est à atténuer et à supprimer ensuite au plus tard après l'amélioration de l'état des finances fédérales.

#### Art. 12, 2e al., chiffre 4

Il est satisfaisant que certains examens préventifs et mesures de contrôle devront être remboursés par les caisses. Il est juste aussi de tenir non seulement compte de la reconnaissance scientifique et de l'efficacité, mais également de l'aspect économique de ces mesures. Il est néanmoins regrettable de n'avoir aucune indication quels examens correspondent, sur la base des connaissances actuelles, à tous ces critères. En se référant au rapport de la commission d'experts, il est probablement permis de supposer qu'en premier lieu "certains examens préventifs des petits enfants (contrôle du développement physique et psychique), ainsi que des femmes (cancer de l'utérus) seraient à effectuer (p. 74) et à prendre en charge. La Commission approuve l'article dans ce sens, mais émet de fortes réserves en ce qui concerne la possibilité donnée au Conseil fédéral de déléguer la compétence d'ordonnance sur ce point au Département de l'intérieur ou même à l'Office fédéral des assurances sociales (5e et 7e al.). Plus la compétence est déléguée en bas, plus il y a risqué qu'il est tenu compte uniquement de l'avis des spécialistes à l'exclusion des personnes concernées par l'ordonnance.

#### Art. 12, 5e al., dernière phrase

Etant donné qu'il y a plus de femmes que d'hommes qui souffrent de maladies psychiques, l'éventuelle limitation des prestations en cas de traitement psychiatrique toucherait principalement les femmes. Si cela a uniquement le but d'éviter des abus, nous approuvons la disposition. Afin d'exclure des malentendus et des interprétations trop larges, nous proposons - dans le sens de l'explication donnée dans le rapport - la rédaction suivante: "Afin d'éviter des abus, le Conseil fédéral peut en outre, sur préavis de la commission de spécialistes, limiter les prestations pour le traitement psychiatrique au minimum thérapeutique nécessaire."

#### Art. 14, art. 14bis et art. 36

Premièrement, il faut remarquer que l'AP contient des améliorations substantielles pour l'assurance-maternité qui méritent d'être reconnues:

- l'extension des prestations sur 16 semaines, dont huit au moins après l'accouchement,
- l'indemnité journalière de 80% du salaire assuré pour les femmes ayant une activité lucrative,
- l'indemnité journalière minimale pour les femmes qui ne sont pas obligatoirement assurées pour une indemnité journalière,
- les prestations proposées comme variante, ou mieux: complément, aux femmes non assurées pour les soins médicaux et pharmaceutiques,

\*) le rapport peut être obtenu à l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

- l'interdiction de demander une franchise sur les prestations en cas de maternité.

Malgré ces améliorations incontestables, les prestations en cas de maternité restent insatisfaisantes; cela tient, et non en dernier lieu, à ce qu'il est exclu de trouver dans le cadre de l'AM une solution tenant compte de tous les aspects du problème. Mais même sans système d'assurance distinct, une meilleure protection de la maternité pourrait être obtenue en revisant parallèlement à la LAMA la loi sur les contrats de travail du CO. Cela permettrait de tenir compte de l'exigence d'une protection contre le licenciement pendant le congé de maternité et durant toute la grossesse précédente. Quant à la question d'un congé des parents, tel que différentes parties le demandent sous différentes formes, la Commission ne peut ni franchement dire oui, ni carrément dire non; à cet égard, nous renvoyons à notre demande du 20 avril 1978 à l'Office fédéral des assurances sociales (annexe). Pour revenir sur l'AP, il faut par contre rejeter comme duperie l'indemnité journalière pour les femmes non soumises à l'assurance obligatoire d'une indemnité journalière prévue sous l'art. 14, 5e al., si celle-ci ne dépasse pas nettement les 5 francs (rapport p. 36). Une telle indemnité journalière est cependant nécessaire. La Commission l'exige dans des proportions correspondant aux frais résultant de l'appel à une aide. De même, la Commission désire la réalisation du 7e alinéa désigné comme variante.

#### Art. 25, 4e al., art. 39bis

Etant donné que les femmes constituent la moitié de la population et également environ la moitié des 94% de la population assurée auprès de caisses reconnues (rapport d'experts du 5 juillet 1977, p. 24), elles doivent être représentées en conséquence dans la Commission fédérale de l'assurance-maladie (art. 39bis) - d'autant plus que leurs besoins particuliers en cas de maternité devront explicitement être pris en considération dans le cadre de l'AM. Nous nous demandons s'il ne conviendrait pas de fixer explicitement dans la loi la représentation des femmes. - Le même postulat est valable, bien que moins urgent, pour les tribunaux d'arbitrage cantonaux (art. 25, 4e al.), dans lesquels les groupes et les professions représentés devraient, dans la mesure du possible, également déléguer des femmes; au moment opportun, il faudrait les y rendre attentifs par une circulaire.

#### Art. 26, 1er al.

Il est positif que le travail de ménagère doit à l'avenir être estimé à sa valeur, de sorte que le remboursement des frais résultant de l'appel à une remplaçante de la ménagère apparaît comme prestation normale - et non plus comme gain de l'assuré.

#### Art. 40a, 1er et 2e al.

La question se pose s'il ne faudrait pas inclure dans l'assurance obligatoire d'une indemnité journalière les personnes s'occupant d'un ménage et élevant des enfants ou soignant un membre de la famille. Ce travail constitue une prestation exprimable en argent pour lequel il faut, le cas échéant, faire appel à des remplaçantes (comme indirectement reconnu par l'art 26, 1er al.). Eventuellement, l'obligation de l'assurance pourrait être limitée aux cas où des enfants sont élevés ou des membres de la famille malades et âgés soignés. Il est vrai que la commission d'experts a déjà rejeté une demande fondée sur des considérations semblables provenant des milieux de l'agriculture (voir leur rapport, p. 117) en invoquant de façon peu convaincante les possibilités

d'abus. En vue surtout de la prestation sociale et de la signification des soins aux enfants et aux membres de la famille, cette question devrait néanmoins être une nouvelle fois étudiée en détail.

Conformément au 2e alinéa de l'art 40a, le Conseil fédéral doit e.a. pouvoir excepter de l'obligation d'assurance les personnes occupées de manière irrégulière. De nombreuses femmes avec des enfants tombent dans cette catégorie, et pour celles-ci, l'indemnité journalière est extrêmement importante. Pour cette raison, nous refusons la compétence d'exemption du gouvernement pour les personnes occupées de manière irrégulière.

#### Art. 40i

Les personnes ayant une activité lucrative sont obligatoirement assurées et reçoivent une indemnité journalière. Les personnes sans activité lucrative ne sont pas obligées de s'assurer pour l'indemnité journalière; lors d'une maternité, une femme dans ce cas reçoit une "indemnité journalière" dont le montant est fixé par le Conseil fédéral (art. 14, 5e al.), et qui est considérablement moins élevée que l'indemnité journalière au titre de l'assurance obligatoire.

#### Art. 40k

Alors que pour l'assurance des soins médico-pharmaceutiques le prélèvement de cotisations différentes pour hommes et femmes devra être de droit, l'assurance d'une indemnité journalière s'en sortira avec des cotisations égales. Nous sommes d'accord avec cela mais retenons que la morbidité légèrement plus élevée des hommes dans la moyenne nationale des dernières années (rapport d'experts, p. 59) ne cause pas de traitement inégal en leur défaveur. Dans ce contexte, il faut se demander si les femmes ont considérablement plus de cas-bagatelles que les hommes, mais un peu moins de maladies graves? Des renseignements plus précis seraient désirables et donneraient les éclaircissements qui font défaut jusqu'à présent sur la santé et l'espérance de vie des femmes.

#### Résumé

Dans l'ensemble, la Commission peut accepter l'avant-projet d'une révision partielle de l'AM dans la perspective qu'une révision totale plus avantageuse pour les femmes sera bientôt préparée.

En ce qui concerne l'assurance des soins médicaux et pharmaceutiques pure, nous approuvons les prestations prévues par l'AP. Nous refusons cependant le maintien de l'inégalité des cotisations entre hommes et femmes. Cette discrimination des femmes doit être supprimée aussitôt que possible au moyen de subsides plus élevés aux caisses.

Concernant l'assurance-maternité, nous approuvons provisoirement, jusqu'à la création d'une œuvre sociale distincte, les améliorations des prestations proposées dans le cadre de l'assurance-maladie (y compris l'art. 12bis, 7e al.), mais exigeons en plus une meilleure protection contre le licenciement au moyen de la révision correspondante du Code des obligations.

Il faudrait examiner si l'assurance obligatoire d'une indemnité journalière ne pourrait pas au moins comprendre aussi les personnes qui élèvent des enfants et soignent des membres de la famille malades. Les personnes occupées de manière irrégulière devraient en tout cas être obligées de s'assurer pour l'indemnité journalière.

Annexe

Résumé de la demande de la Commission fédérale pour les questions féminines du 20 avril 1978 à l'Office fédéral des assurances sociales:

"Dans sa séance du 16 mars, la commission a entendu des exposés de représentantes de l'Office fédéral des assurances sociales et de l'Organisation pour la cause de la femme sur les prestations actuelles en cas de maternité et sur l'initiative pour une protection efficace de la maternité. La commission a communiqué par écrit à l'Office fédéral des assurances sociales les résultats de ses délibérations:

- Les prestations en cas de maternité doivent être sensiblement améliorées.
- La maternité étant également un important service rendu à la société, la commission est d'avis qu'il va de soi que tous les adultes (hommes et femmes, célibataires et mariés, actifs et inactifs) contribuent aux frais.
- Les prestations en cas de maternité ne devraient pas incomber à une institution d'assurance, car la grossesse, l'accouchement et le service maternel ne constituent pas des risques au regard du droit des assurances. Le mode le plus social de financement consisterait en un impôt analogue à l'impôt fédéral direct éventuellement en un impôt additionnel à ce dernier.
- S'agissant de la durée des indemnités journalières, la commission se rallie à la motion Meier, au postulat Carobbio, à l'initiative parlementaire individuelle Nanchen et à la récente initiative pour une protection efficace de la maternité, qui préconisent une durée de 16 semaines, dont au moins dix après la naissance.
- En ce qui concerne le congé parental, la commission ne peut se prononcer nettement ni dans un sens ni dans l'autre. Elle est cependant d'avis qu'un congé non payé ne saurait entrer en considération, car seul en bénéficieraient ceux qui peuvent renoncer à leur traitement, ce qui ne signifie nullement que l'indemnité devrait être égale au salaire; il s'agirait simplement d'une indemnité pour la prestation sociale que constitue le fait de soigner et d'élever un enfant. Enfin, le droit au congé parental devrait être accordé aussi bien au père qu'à la mère. - Reste toutefois ouverte la question fondamentale suivante: un congé assorti de la garantie de l'emploi aux mêmes conditions ne restreindrait-il pas les possibilités professionnelles des jeunes femmes parce que les employeurs éviteraient de prendre ce risque? Afin qu'un congé parental n'aille pas à fin contraire, il faudrait prendre pour le moins quelques mesures de soutien (p.ex. récompenser les employeurs qui occupent un nombre élevé de femmes, renforcer l'intérêt des hommes pour le congé parental).

Syndicats et travail à temps partiel. Essai de rapport sur un débat à peine commencé

par Lydia Trüb

La discussion sur les possibilités et les limites du travail à temps partiel (TTP) vient tout juste de commencer dans les syndicats, qui n'en sont donc pas encore au stade des décisions ni même des projets. Conformément à une proposition adoptée par son dernier congrès, l'Union syndicale suisse (USS) va s'adonner à une étude approfondie du TTP et de ses effets; des propositions analogues seront présentées prochainement aux assemblées de syndicats professionnels. - Se fondant sur des entretiens avec des dirigeants syndicaux, le rapport arrive à la conclusion que les milieux patronaux considèrent le TTP plutôt comme un pis-aller dans certaines difficultés sur le marché du travail. Selon les syndicats, les entreprises ne font pas de publicité spéciale pour des postes à temps partiel (hormis Migros, notamment). Les travailleurs à temps partiel sont en général une masse de manoeuvre. Dans l'ensemble et de façon plus prononcée encore, le TTP présente les mêmes aspects négatifs que le travail spécifiquement féminin: il s'agit dans une large mesure de travail monotone et non qualifié. Il n'offre pratiquement aucune chance d'avancement. Il dépend plus étroitement encore du marché de l'emploi que le travail à plein temps. Des postes à temps partiel exigeant quelques qualifications n'existent que dans les professions dites de monopole ou de pénurie et dans les activités dans lesquelles des connaissances pratiques déterminées sont utilisables sans de coûteux investissements en outils, machines, etc. - Sont victimes de ces conditions trois groupes principaux de demandeurs d'emplois à temps partiel: 1. les femmes mariées avec enfants dont le mari ne gagne pas assez; 2. les étudiants finançant (partiellement) eux-mêmes leurs études; 3. les jeunes femmes et hommes qui ne se contentent pas d'une activité purement professionnelle ou qui veulent s'occuper de leurs enfants. - Les syndicats constatent des tensions fréquentes entre travailleurs à plein temps et travailleurs à temps partiel, le TTP étant souvent considéré comme un privilège de gens qui peuvent se le permettre sur le plan financier et comme une activité à responsabilités moindres. On craint aussi que la multiplication des postes à temps partiel ne contribue à renforcer les mauvaises conditions du TTP, d'autant plus qu'il est en général difficile de syndiquer les travailleurs à temps partiel. La demande de TTP pour des raisons d'émancipation est soutenue aux quatre conditions ci-après: 1. Le TTP doit être assujéti sans réserve aux conventions collectives. 2. Le TTP doit être accessible aux femmes aussi bien qu'aux hommes. 3. Les patrons doivent aussi offrir du TTP qualifié. 4. Les réductions du temps de travail avec pleine compensation du salaire sont applicables par analogie au TTP. - Une prise de position définitive sur les problèmes du TTP n'est pas pour demain.

"Je veux faire quelque chose !"

Rapport sur le cours "Ich will etwas tun!", du 23 octobre au 23 novembre 1978 (suggéré par le groupe "Frau und Arbeit" de Bienne et organisé par l'Université populaire de Bienne et environs et l'"Arbeitskreis für Zeitfragen Biel")

A l'automne 1977 s'est constitué à Bienne, particulièrement touchée par la récession, le groupe "Frau und Arbeit", qui comprend des collaboratrices bénévoles et un collaborateur engagé par l'Eglise catholique. Sa première réalisation fut la publication en juin 1978 de la brochure "Frau und Arbeit. Zur Lage in Biel" sur les possibilités de travail extradomestique. - Puis eut lieu, du 23 octobre au 23 novembre, un cours "Ich will etwas tun!", suggéré par le groupe "Frau und Arbeit" et organisé par l'Université populaire de Bienne et environs et l'"Arbeitskreis für Zeitfragen Biel". Ce cours avait pour but, d'une part, d'aider les femmes à découvrir et à former leur propre personnalité et, d'autre part, de leur indiquer des possibilités de travail salarié ou bénévole.

Dirigées par une psychologue-éducatrice d'adultes et une assistante sociale, quatre femmes membres du groupe "Frau und Arbeit" et deux orientrices ont travaillé avec 25 participantes, le programme, réparti sur neuf après-midi, comprenant d'abord des exercices de conversation (sur leur situation personnelle), puis des informations (sur le marché du travail, l'entraide maternelle, le bénévolat) et enfin l'établissement d'un projet individuel. Depuis la fin du cours, les participantes s'accordent deux par deux une assistance mutuelle, notamment pour la réalisation de leur projet; de plus, elles se réunissent en un "stamm" mensuel.

Les participantes ont porté un jugement positif sur ce cours, au succès duquel une garderie et le confort des locaux ont grandement contribué; elles ont particulièrement apprécié de pouvoir parler de leurs problèmes et d'être prises au sérieux. Bien qu'il leur importât avant tout de se mieux connaître elles-mêmes, six d'entre elles ont déjà entrepris une activité professionnelle ou bénévole. - Le deuxième cours a eu lieu du 24 avril au 19 juin 1979.

Avamprogetto di una revisione parziale dell'assicurazione malattiaIntroduzione

La legge federale sull'assicurazione contro le malattie e gli infortuni è del 1911; si tratta della prima grande opera nel campo della sicurezza sociale. Quella parte della legge che concerne l'assicurazione contro la malattia è stata modificata nel 1964. Il tentativo di dare una nuova base legale all'assicurazione contro la malattia naufragava nel 1974, allorchè, in votazione popolare, popolo e stati rifiutavano tanto un'iniziativa quanto la controproposta dell'assemblea federale. Sin dal mese di maggio del 1976 il Dipartimento federale dell'interno nominava una commissione d'esperti affidandola il compito di preparare una revisione parziale dell'assicurazione contro le malattie. La commissione terminava i suoi lavori il 5 luglio 1977, e sulle proposte da essa elaborate fu aperta la procedura di consultazione. Alcune proposte furono accettate favorevolmente (obbligatorietà di un'assicurazione d'indennità giornaliera per tutti i lavoratori dipendenti), altre rifiutate (finanziamento tra l'altro a mezzo di un contributo in percento dello stipendio). Nel novembre del 1978, il Dipartimento federale dell'interno presentava un progetto di revisione, che teneva conto dei risultati della consultazione. La Commissione federale per i problemi della donna ha preso posizione nei confronti di questo progetto nel modo seguente:

In generale

La Commissione prende atto con piacere che dopo alcuni vani tentativi si è nuovamente intrapresa almeno una revisione parziale dell'assicurazione malattia. Ciò è ancora più degno di attenzione dato che avviene in un periodo nel quale i miglioramenti nell'ambito delle assicurazioni sociali sono meno propizi. Pur comprendendo che la situazione politica attuale non permette di fissare l'obbligatorietà dell'assicurazione malattia, ciò nonostante non lo deploriamo del tutto. L'obbligatorietà favorirebbe tuttavia l'estensione del principio della solidarietà fra tutte le componenti sociali, di ogni età e dei due sessi. Darebbe la possibilità di prevedere migliori prestazioni sociali in particolar modo alla donna in caso di maternità, almeno fino a quando l'assicurazione maternità resta inclusa nell'assicurazione malattia.

Si prende atto che nell'avamprogetto si è tenuto conto dei vecchi postulati delle donne. Le prestazioni per la maternità devono quindi essere migliorate, le quote dei bambini devono essere in parte ridotte e in parte assunte dalla Confederazione; di regola le visite profilattiche devono essere previste come prestazioni delle casse. Proprio per la donna l'avamprogetto apporta dei cambiamenti degni di lode, tuttavia anche maggiori svantaggi. I motivi per i quali la nostra adesione all'avamprogetto è fatta con delle riserve, li spieghiamo con delle osservazioni alle singole disposizioni riguardanti la donna.

Considerazioni sulle singole disposizioni dell'avamprogettoArt. 1 cpv 2

Come per il passato la Commissione è per un'assicurazione maternità indipendente; ci rifacciamo quindi alla nostra petizione del 20 aprile 1978 all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (sommari all'allegato). È spiacevole che la maternità debba essere inclusa nell'assicurazione malattia. La gravidanza, il parto e la cura del bambino non sono né malattie, né un rischio ai sensi del diritto delle assicurazioni. Le relative prestazioni necessarie non dovrebbero quindi essere menzionate nell'ambito di un'assicurazione. I "Molteplici vantaggi" che deve dare la soluzione nell'ambito dell'assicurazione malattia non sono menzionati nel rapporto. \*) Che i lavori preliminari per rendere l'assicurazione maternità autonoma e indipendente siano di grande dimensione e costino parecchio tempo è cosa a noi chiara. Tuttavia ciò non può essere un valido motivo contro un sistema autonomo di prestazioni sociali. Proprio il principio dell'annessione dell'assicurazione maternità all'assicurazione malattia minaccia la coesione dell'ordine preesistente e blocca già la sola discussione su altre soluzioni. Per questi motivi proponiamo che l'art. 1 cpv. 2 dell'avamprogetto sia da formulare nel modo seguente:

"<sup>2</sup> Fino alla creazione di un istituto sociale autonomo l'assicurazione maternità fa parte dell'assicurazione malattia."

Art. 5 cpv 2

È lodevole e già rivendicato dalla Commissione nel rapporto pubblicato alla fine dello scorso anno sull'esecuzione delle pene per le donne - che l'espiatione di una pena privativa della libertà non può più essere un motivo di rifiuto all'adesione ad una cassa.

Art. 5 cpv 3

Nell'interesse di un grado di assicurazione più alto possibile e a favore dei genitori, in particolar modo delle ragazze madri, si deve approvare con fermezza il divieto di escludere dall'assicurazione, con una riserva, i bambini prima del compimento del primo anno e in seguito per una durata massima di due anni.

Art. 6bis cpv 2 e 3, art. 36bis

Per la Commissione è incomprensibile che ci sia ancora una differenza delle quote a seconda del sesso. Infatti si è fissato che le donne sono "un rischio

\*) Il rapporto è reperibile all'Ufficio centrale federale degli stampati e del materiale, 3000 Berna (in tedesco e in francese)

peggiore" degli uomini \*). Presso nessun'altra categoria di rischi (fumatori, bevitori, ecc.) al di fuori di quella del sesso i contributi vengono calcolati - tuttavia in maniera indiretta e imprecisata - secondo una specie di principio di causalità. Sembra quindi plausibile che le donne siano più "costose" per le casse, dato che quest'ultime, quando si tratta di uomini, vengono scaricate da altre assicurazioni (INSAI, Assicurazione incidenti, Assicurazione militare). Per di più gli uomini possono rinunciare più facilmente al ricovero in ospedale o essere rilasciati innanzi tempo dall'ospedale, dato che a casa sono curati dalla moglie. Queste donne risparmiano quindi una parte dei costi dell'assicurazione malattia anche se nelle statistiche questo va a beneficio degli uomini. Anche se la Svizzera è, a nostra conoscenza, il solo paese europeo che abbia dei contributi differenti fra uomo e donna, tuttora manca, eccetto le statistiche delle prestazioni delle casse malattia le quali in modo sommario dicono che le donne sono ammalate più spesso ma sono meno costose degli uomini, ogni conoscenza dei motivi che conducono a una differente pretesa in materia di salute.

Da parte nostra è quindi auspicata una ricerca in merito. Essa dovrebbe almeno verificare quelle predisposizioni della donna correntemente affermate (sindrome della casalinga, fuga nella malattia invece che nella criminalità, ecc.) \*\*). In fin dei conti bisognerebbe appurare se i clichés sfruttati dalla società corrispondono alla realtà.

Prima che venga fatto uno studio da specialisti riconosciuti, non possiamo ammettere una differenza nei premi fra uomo e donna. La Commissione di esperti per la revisione parziale dell'assicurazione malattia era sicuramente dello

\*) La statistica di malattia delle Casse-malati 1976 dice che su 100 assicurati il 110,8 dei casi di malattia riguardano gli uomini, invece il 178,2, ossia il 60,8% in più riguarda le donne. Con una media di Fr. 729.06 i costi di malattia di una donna assicurata nel 1976 erano del 52% più alti di quelli di un uomo con Fr. 478.56. I costi medi delle donne sono però leggermente più bassi di quelli degli uomini (Fr. 409.23 contro 431.87). La differenza fra uomo e donna delle partecipazioni alle diverse spese è irrilevante. Il numero delle ospedalizzazioni delle donne supera del 53,8% quelle degli uomini (13,8 ospedalizzazioni contro 9 su 100 assicurati). La degenza ospedaliera ha però, sia per l'uomo che per la donna, praticamente la stessa durata (vedi l'"Assicurazione malattia nell'anno 1976, Rivista medica 4/1979 pag. 145-156).

\*\*\*) Vedi: H.E. Richter, "Konflikte und Krankheiten der Frau", in Familiensoziologie, Frankfurt a.M. 1973 (pag. 293-308); idem "Lernziel Solidarität", Reinbek 1974 (pag. 28-33); M. Dürkop/G. Hardtmann, "Frauenkriminalität" in "Frauen im Gefängnis", Frankfurt a.M. 1978 (pag. 187-214, spec. 208); E. Fischer-Homberger "Krankheit Frau", Berna 1978 (pag. 32); S. Arnold "Die Stellung der Frau in der sozialen Krankenversicherung". Vedi: Die Stellung der Frau in der schweizerischen Sozialversicherung, hg. vom Schweizerischen Verband der Akademikerinnen, Berna 1975 (pag. 62).

stesso avviso e nel suo rapporto del 5 luglio 1977 \*) diceva che era venuto il momento di fissare nella legge il principio degli stessi contributi per uomo e donna (pag. 90 et 153). Per una pura considerazione finanziaria si è tralasciato di trattare importanti problemi. Per di più, quando già lo si fa, non è coerente dato che si dovrebbe ammettere una differenza nei premi più importante. Ciò sembra politicamente impossibile; quindi è difficilmente comprensibile perché la riduzione della ineguaglianza a un massimo di 1/10 non possa essere eliminata totalmente. In ogni caso, al più tardi dopo un miglioramento delle finanze federali, la limitazione della sovvenzione ai sensi dell'articolo 36bis deve essere resa più elastica e in seguito tolta.

#### Art. 12 cpv 2 chifra 4.

È rallegrante che determinate visite profilattiche debbano essere assunte dalle casse. È pure giusto prestare attenzione oltre al riconoscimento scientifico e all'utilità di queste misure, anche al loro aspetto economico. È un vero peccato però che non si indichi quali sono queste visite. Tuttavia dopo la lettura del rapporto della Commissione d'esperti, in particolar modo la pag. 74, si può ammettere che in prima linea si tratti di determinate visite preventive per i bambini (controlli dello sviluppo del corpo e della mente) e per le donne (tumori dell'apparato genitale). Solo a queste condizioni la Commissione approva l'art. anche se non si possono sottacere le grosse preoccupazioni per la possibilità di una delega di competenze su questo punto dal Consiglio federale al Dipartimento degli interni, oppure dal Consiglio federale all'Ufficio federale per le assicurazioni sociali (cpv 5 e 7). Il fatto di delegare la competenza sempre più verso il basso, fa che questa venga capita solo dagli esperti e non dalle persone coinvolte.

#### Art. 12 cpv 5, ultima frase

Dato che le donne sono maggiormente predisposte degli uomini alle malattie psichiche, la possibile limitazione delle prestazioni per i trattamenti psichiatrici colpisce soprattutto le stesse. Se si vogliono invece, con ciò, evitare gli abusi, siamo d'accordo con la norma. Al fine di dissipare ogni malinteso e una troppo ampia interpretazione, proponiamo, nello spirito del rapporto, la seguente formulazione: "Al fine di evitare abusi, il Consiglio federale può, dopo aver ascoltato la Commissione degli esperti, limitare il diritto alla prestazione dei trattamenti psichiatrici alle sole necessità terapeutiche."

#### Art. 14, art. 14bis e art. 36

L'avamprogetto contiene nell'assicurazione maternità, miglioramenti di rilievo i quali sono degni di nota:

- l'estensione delle prestazioni a 16 settimane delle quali almeno 8 dopo la nascita,
- indennità per malattia dell'80% del salario assicurato per donne lavoratrici,
- l'indennizzo giornaliero per donne che non sono obbligatoriamente assicurate per le indennità di malattia

\*) Il rapporto è reperibile all'Ufficio centrale federale degli stampati e del materiale, 3000 Berna (in tedesco e in francese)

- la variante, meglio : l'aggiunta di prestazioni previste per donne non assicurate per le cure mediche,
- il divieto di prelevare dalle prestazioni in caso di maternità una trattenuta.

Malgrado questi incontestabili miglioramenti, le prestazioni in caso di maternità rimangono insoddisfacenti. Ciò è dato dal fatto che nell'ambito dell'assicurazione malattia è esclusa la soluzione di tutti gli aspetti del problema. Anche senza un sistema di prestazioni indipendenti una maggior protezione della maternità potrebbe essere raggiunta con la revisione del diritto del contratto di lavoro nel codice delle obbligazioni. Così potrebbe almeno essere realizzata la richiesta di una protezione dal licenziamento durante il congedo in caso di maternità e durante tutta la durata della gravidanza. Sulla questione del congedo parentale, come richiesto in modo differenziato da più parti, la Commissione non può né dire chiaramente sì, né chiaramente no; ci riferiamo quindi alla nostra petizione del 20 aprile 1978 all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (vedi allegato). Per contro, per ritornare all'avamprogetto, l'indennizzo giornaliero per le donne che non sono assicurate obbligatoriamente per l'indennità malattia previsto all'art. 14 cpv 5, deve essere rifiutato se non viene sensibilmente portato a più di Fr. 5.- (rapporto pag. 36). Questo indennizzo giornaliero è però necessario. La Commissione esige un'indennità pari al costo della persona che sostituisce la donna in quel momento. La Commissione desidera pure che il capoverso 7, definito come una variante, sia realizzato.

#### Art. 25 cpv 4, art. 39bis

Dato che le donne, le quali rappresentano la metà della popolazione, sono assicurate nella misura del 94% (rapporto degli esperti del 5 luglio 1977, pag. 24) e sono anche la metà circa degli assicurati presso le casse malattia riconosciute, esse devono essere rappresentate in maniera proporzionata nella prevista Commissione federale per l'assicurazione malattia (art. 39bis), con maggior ragione considerate le loro speciali esigenze per la maternità, devono essere prese in considerazione nell'ambito della assicurazione malattia. Ci domandiamo se il concetto della rappresentanza femminile non dovrebbe essere inserito nel testo di legge. Lo stesso postulato, anche se è meno urgente, vale pure per i tribunali cantonali arbitrali (art. 25 cpv 4), nei quali a seconda della possibilità dovrebbero esserci anche delle donne. A tempo debito questi gruppi dovrebbero essere tassativamente resi attenti.

#### Art. 26 cpv 1

Si prende atto positivamente che il lavoro della casalinga sarà valutato nel futuro secondo il proprio valore. Così che gli indennizzi per le spese di una forza sostitutiva della donna di casa, appaia normale e non come un guadagno assicurativo.

#### Art. 40a cpv 1

Ci si pone la domanda se deve essere assicurato obbligatoriamente per l'indennità malattia colui che si occupa dell'economia domestica e dei bambini, oppure colui che cura un membro della famiglia. Questo lavoro corrisponde a

una prestazione pecuniaria, il quale per rappresentare un aiuto deve essere pagato (come riconosciuto indirettamente dall'art. 26 cpv 1). In ogni caso l'assicurazione d'obbligo potrebbe essere limitata solo per coloro che allevano i bambini o che curano membri della famiglia anziani e ammalati. Una pretesa analoga fu proposta dagli ambienti dell'agricoltura; tuttavia la Commissione degli esperti l'ha rifiutata con la motivazione poco convincente di evitare possibili abusi (vedi rapporto pag. 117). Questo problema dovrebbe pertanto essere ristudiato a fondo, soprattutto tenendo conto dell'apporto della società e del significato della cura dei bambini e dei membri della famiglia bisognosi.

Ai sensi del 2° cpv dell'art. 40a il Consiglio Federale deve poter escludere dall'obbligo coloro che solo sporadicamente hanno un lavoro. Tuttavia in questa categoria vi sono numerose donne con bambini, per i quali l'indennità per malattia è estremamente importante. Per questo motivo respingiamo la competenza del Governo di escludere coloro che hanno solo un lavoro temporaneo.

#### Art. 40i

Colui che ha un'attività lucrativa è assicurato d'obbligo e riceve l'indennità per malattia. Colui invece che non ha nessuna attività lucrativa non deve assicurarsi obbligatoriamente per l'indennità di malattia, per cui una donna appartenente a questa categoria, durante la gravidanza, riceve l'indennità giornaliera fissata dal Consiglio Federale (art. 14 cpv 5). Queste indennità sono di gran lunga inferiori a quelle per malattia. Per non creare confusione, si dovrebbe al posto dell'equivoco concetto di "indennità giornaliera" scrivere all'art. 40i "indennità per malattia", termine che probabilmente è stato anche auspicato.

#### Art. 40k

Malgrado che nell'assicurazione malattia i contributi fra uomo e donna saranno differenti, per l'assicurazione indennità di malattia si prevedono gli stessi premi per i due sessi. Noi siamo d'accordo con questa soluzione. Tuttavia, sebbene l'uomo è più sovente ammalato della donna (rapporto degli esperti pag. 59), ciò non ha per effetto una disparità di trattamento a suo sfavore. In relazione a questa considerazione ci si pone la domanda a sapere se le donne, a differenza degli uomini, sono maggiormente soggette a piccoli malanni che non a gravi malattie.

#### Riassunto

La commissione può accettare l'avamprogetto di revisione parziale solo nella prospettiva che presto venga preparata una revisione totale migliore a favore della donna.

Per quanto attiene alle sole cure mediche aderiamo alle prestazioni previste nell'avamprogetto. Rifiutiamo invece il mantenimento della differenza delle quote fra uomo e donna. Questa discriminazione della donna deve essere tolta al più presto possibile con maggiori sovvenzioni alle Casse.

Approviamo le migliori prestazioni dell'assicurazione maternità proposte nel quadro dell'assicurazione malattia (art. 12 bis cpv. 7 incluso) fintanto che non venga creato un istituto sociale a sé stante; tuttavia esigiamo una maggior protezione dai licenziamenti mediante una revisione del diritto delle obbligazioni.

Si dovrebbe inoltre esaminare se nelle indennità per malattia non potessero almeno essere incluse anche quelle persone che si occupano dei bambini e curano i membri della famiglia. Solo chi se ne occupa sporadicamente deve essere tenuto ad assicurarsi.

### Allegato

Sommario della dimanda della Commissione federale per i problemi della donna all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali del 20 aprile 1978:

"Nella sua seduta del 16 marzo, la Commissione è stata orientata da rappresentanti dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali e delle organizzazioni per le questioni femminili circa le attuali prestazioni per la maternità e sull'iniziativa, lanciata nel frattempo, "Per un'efficace protezione della maternità". La Commissione comunicò per iscritto all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali le risultanze della sua discussione:

- Le prestazioni per la maternità devono essere migliorate.
- Dato che la maternità è anche un'importante prestazione sociale, la Commissione ritiene giusto che tutti gli adulti (uomini e donne, celibi e sposati, persone attive ed inattive) partecipino ai costi.
- Le prestazioni inerenti alla maternità non dovrebbero venir inserite in un quadro assicurativo dal momento che gravidanza, parto, cura del bambino, non costituiscono alcun rischio nel concetto assicurativo. Per il finanziamento degli aiuti si dovrebbe rinunciare a premi individuali come pure a percentuali sugli stipendi. Potrebbe entrare in considerazione, come modo sociale di sopportarne gli oneri, un'imposta secondo il modello dell'imposta federale diretta, eventualmente un supplemento sulla stessa.
- Per quanto concerne la durata dell'indennità giornaliera, la Commissione appoggia con la mozione Meier, il postulato Carobbio, l'iniziativa parlamentare individuale Nanchen e l'iniziativa popolare appena lanciata "Per un'efficace protezione della maternità"; con la richiesta di poter usufruire di 16 settimane di riposo, delle quali almeno 10 dopo la nascita.
- A proposito della richiesta di un congedo per genitori, la Commissione non può dire nè un netto sì nè un chiaro no. E comunque pacifico che un congedo non pagato non sarebbe sostenibile poichè gioverebbe solo a coloro che non dipendono al loro guadagno; il congedo pagato non potrebbe semplicemente essere definito: bonificio per mancato guadagno, ma costituirebbe un indennizzo per una prestazione sociale: la cura e l'educazione dei figli. In conclusione, sia il padre che la madre dovrebbero aver diritto a un congedo. - Resta pertanto aperta la questione di principio: un congedo dal posto di lavoro (con la garanzia di potervi tornare alle stesse condizioni) non pregiudicherebbe le possibilità professionali delle giovani donne? Infatti il datore di lavoro potrebbe voler evitare questo rischio. Affinchè un congedo per genitori non diventi controproducente, sarebbero perlomeno necessarie alcune disposizioni d'appoggio (salari più alti per le donne, maggior interesse degli uomini ai congedi per genitori).

---

Sindacati e lavoro a tempo parziale. Un discorso appena iniziato: breve rapporto

---

di Lydia Trüb

Le possibilità e i limiti del lavoro a tempo parziale è il tema di un discussione appena iniziata a livello sindacale. Decisioni vincolanti e intenzioni precise in questo campo non ne esistono ancora. In seguito a una mozione fatta al Congresso dello scorso anno, l'Unione Sindacale Svizzera (USS) tratterà a fondo il problema del tempo parziale e dei suoi effetti. Mozioni in questo senso sono già l'oggetto di discussione di assemblee e congressi di singoli sindacati. Dopo lunghe discussioni con competenti rappresentanti sindacali si arriva alla conclusione che il tempo parziale è visto da parte degli imprenditori solo come una soluzione d'emergenza. Nessun sindacato è finora a conoscenza di imprenditori che offrono posti di lavoro a tempo parziale (ad eccezione della Migros). I lavoratori a tempo parziale sono in genere una "massa di manovra". Nell'insieme solo i lavori prettamente femminili sono destinati al tempo parziale; anzi il lavoro a tempo parziale è perlopiù monotono: è lavoro non qualificato. Praticamente non esistono nuove possibilità di lavoro a tempo parziale. L'occupazione dipende ancora in misura maggiore che per i lavoratori a tempo pieno dalla situazione del mercato del lavoro. Posti a tempo parziale per un lavoro qualificato ve ne sono solo in quelle professioni rare oppure dove viene sfruttata l'abilità senza che ulteriori investimenti in apparecchi e macchine siano necessari. Di questa situazione ne soffrono i 3 gruppi principali di lavoratori che domandano il tempo parziale: 1. Le donne sposate con bambini, quando il salario del marito non basta per vivere. 2. Gli studenti che devono pagarsi gli studi (almeno in parte). 3. I giovani che vivono più consapevoli, che hanno altri interessi personali al di fuori del lavoro e che come genitori vogliono tutti e due occuparsi dei figli. I sindacati costatano che fra i lavoratori a tempo parziale e coloro a tempo pieno vi sono spesso delle tensioni, in quanto il lavoro a tempo parziale è sovente considerato un privilegio di coloro che se lo possono permettere finanziariamente e un lavoro di minor responsabilità. Si teme poi anche che la creazione di un maggior numero di posti a tempo parziale peggiori ancor di più le condizioni del tempo parziale sono difficili da organizzare sindacalmente. Quando vi è l'esigenza del tempo parziale a titolo d'emancipazione, ciò può realizzarsi a 4 condizioni: 1. totale sottomissione del tempo parziale ai contratti collettivi; 2. il tempo parziale deve essere aperto a uomini e donne; 3. il datore di lavoro deve offrire a tempo parziale anche i posti per un lavoro qualificato; 4. riduzioni del tempo di lavoro mantenendo il pieno salario, devono valere anche per il tempo parziale. Tuttavia per molto tempo ancora non ci si può aspettare ad una presa di posizione definitiva su questo problema.

"Voglio far qualcosa !"

Rapporto sul corso omonimo stimolato dal gruppe "Donna e Lavoro" Bienne, condotto dall'Università popolare di Bienne e dintorni e dal Circolo di Lavoro sui problemi di attualità di Bienne nel periodo dal 23 ottobre al 23 novembre 1978

Nell'autunno 1977 si formò a Bienne, città duramente colpita dalla recessione, il gruppo "Donna e Lavoro" composto da collaboratrici a titolo onorifico e da un impiegato della Chiesa cattolica. All'inizio il gruppo pubblicò nel giugno 1978 il fascicolo "Donna e Lavoro confrontati alla situazione di Bienne". In questo fascicolo si informavano le donne sulle possibilità di trovare uno spazio d'azione fuori casa. Dal 23 ottobre al 23 novembre si tenne poi un corso, il cui tema era "voglio far qualcosa!". Questo corso era stimolato dal gruppo "Donna e Lavoro", condotto e sostenuto dall'Università popolare e dal Circolo di Lavoro per i problemi d'attualità a Bienne. Scopo del corso era da una parte aiutare a riconoscere e a formare la propria personalità e dall'altra dare delle indicazioni a donne che vogliono impegnarsi professionalmente o a titolo onorifico.

Quattro donne del Gruppe "Donna e Lavoro" e due consulenti professioniste lavorarono con 25 partecipanti sotto la direzione di una psicologa/educatrice e di una assistente sociale. Durante 9 pomeriggi si tennero degli esercizi d'incontro e di discussione (sulla situazione personale di ognuno). Furono poi date delle informazioni (sul mercato del lavoro, sugli aiuti alle madri e sulle cariche onorifiche). Alla fine ciascuno formulò un progetto personale. Due a due si accompagnano dopo il corso nel processo di sviluppo e si assistono durante la realizzazione del progetto; è previsto un incontro mensile per mantenere il contatto.

Alla riuscita del corso, giudicato positivamente dalle partecipanti, hanno contribuito un servizio di asilo-nido e l'estrema comodità delle sale. E' stato soprattutto rilevato che le donne hanno potuto parlare dei loro problemi (con i quali non sono sole) e sono state prese sul serio. Anche se dal corso la maggior parte delle partecipanti ha avuto come primo risultato il fatto di meglio conoscere se stesse, ci sono già 6 partecipanti che da allora hanno intrapreso un'attività professionale o a titolo onorifico. Dal 24 aprile al 15 giugno si tiene il secondo corso.